

# POLIZEI REPORT

G 6811

ISSN 0937-5333

Nr. 125 · Dez. 2015



**1.199 Mitglieder – Die Bezirksgruppe Süd Hessen erreicht historischen Höchststand**

**Bezirksgruppe Süd Hessen in der Gewerkschaft der Polizei  
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen**

# INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

# POLIZEI REPORT

LIEBE KOLLEGIN,  
LIEBER KOLLEGE,



am Donnerstag, 12. November 2015 fand in Höchst im Odenwald der **Delegiertentag der südhessischen GdP** statt. Die Bezirksgruppe entschied diese wichtige Veranstaltung im Odenwald abzuhalten in Anerkennung und Wertschätzung einer sehr engagierten und entschlossenen Kreisgruppe, allen Voran der Vorsitzende Thomas Walther (PSt. Höchst). Mein Vorwort möchte ich zunächst mit einem Blick nach Südhessen beginnen.

Eine Delegiertentagung findet immer rechtzeitig vor den Personalratswahlen statt. Der Vorstand der südhessischen GdP und die Delegierten haben an diesem Tag gemeinsam die Ereignisse der letzten Monate Revue passiert und dabei festgestellt, dass es wieder bergauf geht. Mutig, konstruktiv und charakterfest haben wir unsere Arbeit gemacht. Anfeindungen, Anzeigen und üble Nachreden, ob im Internet, per Flugblatt oder per Flurfunk, dass alles haben wir als Team GdP SH

Vorwort	3
Bezirksdelegiertentag des PP Südhessen	5
Resolution der südhessischen GdP	9
Erschütterung über Terror in Paris	10
Beihilfereform = Reale Lohnkürzung	11
Gut zu wissen, wem man vertrauen kann	13
Nullrunde und Beihilfekürzung	15
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg	16
Erfahrungen mit dem Personalrat	17
Kreisgruppe Bergstraße	17
Erwartungen an Gewerkschaft und Politik	18
Kreisgruppe Odenwald	21
Waldwanderung der KG Bergstraße	23
Pensionäre der KG Bergstraße	24
Polizei nicht wegen der Flüchtlinge überlastet	25
Geschlossener Mitgliederbereich – Aber wie?	26

aushalten müssen. Einschüchterungsversuche verfehlten ihre Wirkung.

## MITGLIEDERHÖCHSTSTAND

Die südhessische GdP hat alle Angriffe auf ihre Integrität ausgehalten. Wir sind nicht nur stärker und noch entschlossener geworden, sondern haben allen Diffamierungen zum Trotz den höchsten Mitgliederstand aller Zeiten.

Rückblickend auf die letzten 18 Monate bin ich stolz behaupten zu können,

dass unsere südhessische GdP anders tickt. Wenn ich in Abstimmungsgremium sitze, dann staune ich immer wieder, wie loyal manche Arbeitnehmer- bzw. Gewerkschaftsvertreter sich der Führung gegenüber verhalten, obwohl sie bestimmte Werte oder Ziele nicht teilen; es ist aber der bequemere Weg oder Hauptsache gegen GdP! Der Grund hierfür kann vielfältig sein.

**ICH DANKE ALLEN 1199 MITGLIEDERN FÜR IHRE UNTERSTÜTZUNG,**

## ZUSPRUCH UND TREUE ZUR GDP (IN GUTEN UND IN SCHWIERIGEN ZEITEN).



Dieses Mitglieder-Plus bestätigt auch, dass wir die Dinge sehr wohl kritisch und hartnäckig anpacken können. Wir können auch anders, denn es gehören immer zwei dazu. Die Verantwortlichen in der Politik und in der Polizeiführung sollten vielleicht mehr auf uns GdP hören und vertrauen, denn **wir sind die Guten!**

### BLICK NACH AUSSEN- AUFGABENKRITIK

Es mutet zwar schon etwas eigen-tümlich an, wenn an dieser Stelle erneut auf die defizitäre Personalsituation in der hessischen Polizei Bezug genommen wird. Auch die mit politischer Schwerpunktsetzung geschuldete Aufgabenbewältigung in Verbindung mit der Personalknappheit hat die Situation kaum lösen können. Es stellt sich die Frage nach eingetretenen Veränderungen.

Und um die Beantwortung der Frage vorweg zu nehmen: Nichts, pardon, zumindest nicht viel!

Aber nun zu vermuten, dass die politisch und polizeilich Verantwortlichen dies nicht erkannt hätten, wäre zu kurz gedacht und auch nicht zutreffend. Nein, tatsächlich unterliegen die vielfältigen und schier unendlichen Aufgabenfelder der hessischen Polizei einer ständigen Überprüfung, wobei leider zu konstatieren ist, dass immer wieder neue Aufgaben hinzukommen, für die kein zusätzliches Personal zur Verfügung steht. Aber auch hierfür haben die Verantwortlichen eine Lösung parat: Alle Stellen in der hessischen Polizei müssen besetzt sein und die Einstellungszahlen erhöht werden. Der mit Blick auf die demographische Entwicklung und die zuvor schon skizzierte Aufgabenbewältigung beschrittene Weg, vielen jungen Menschen durch eine **Einstellungsoffensive** den Weg zur Polizei zu eröffnen ist nicht nur richtig und wichtig, sondern auch durchaus lobenswert und unterstützungswürdig!

Bei aller Euphorie über diese durchaus positive Entwicklung und händeringend benötigte, seit Jahren sowohl gewerkschaftlich als auch personalrätlich geforderte Personalmehrung, darf jedoch nicht verkannt werden, dass diese jungen Menschen erst drei Jahre später den polizeilichen Einzeldienst bereichern und unterstützen. Um diese, bis zum Zeitpunkt der Überführung in den polizeilichen Einzeldienst weiterhin bestehende Lücke zu schließen, gibt es jedoch offenkundig einen zusätzlichen Lösungsansatz. Dieser heißt: **Aufgabenkritik!**

So wurden die Polizeibehörden über das Landespolizeipräsidium durch Herrn Innenminister Peter Beuth bereits vor Monaten dazu animiert, Aufgabenkritik zu üben! Die Polizeibehörden kamen nach hiesigem Kenntnisstand dieser Aufforderung durchaus nach, indem sie polizeiliche Aufgabenfelder identifizierten und benannten, die entweder nicht bzw. nicht mehr mit dem polizeilichen Aufgabenverständnis in Einklang zu bringen sind bzw. gebracht werden können, oder solche, die bei unveränderter Personalsituation nicht weiter in dem gewohnten Umfang bearbeitet werden können. Eine Rückkopplung hierzu steht offenkundig jedoch aus, denn wie sollte es ansonsten zu erklären sein, dass viele Kolleginnen und Kollegen nach wie vor an ihre Belastungsgrenze geführt werden, um alle Aufgaben sach-, fach- und zeitgerecht zu erledigen. Es hilft auch nicht wirklich, wenn unter der Überschrift „Synergieeffekte“ einzelne Aufgabenbereiche einer strukturellen Überprüfung oder Neuordnung unterliegen, die freizusetzenden Synergien jedoch für zwi-

schenzeitlich hinzugekommene Aufgaben dringend benötigt werden, oder es schlicht an einer Kompatibilität mangelt.

Und nur, um an dieser Stelle nicht missverstanden zu werden:

Die Sinn- und Zweckmäßigkeit verschiedener Maßnahmen wird hier nicht bezweifelt, gleichwohl sei die Frage erlaubt, wie beispielsweise die für die **Bekämpfung des islamistischen Terrorismus** dringend benötigten personellen Verstärkungen, für die zudem **kriminalpolizeiliches Erfahrungswissen** eine „wünschenswerte“ Voraussetzung wäre, über entsprechende, bis heute leider nicht bekannte (oder „nur“ nicht transparente?) **kriminalpolizeiliche Strukturüberlegungen** gelöst werden können. Denn das die für die Bereiche der Wach- und Schutzpolizei eingeleiteten und erkannten Prozesse nur bedingt zur Aufgabenbewältigung in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten herangezogen werden können, dürfte auf der Hand liegen. Zudem setzt die wichtige Bewältigung der Flüchtlingskrise oder anderer spezifischer schutzpolizeilicher Aufgaben enge, zumindest schier unüberwindbar erscheinende Grenzen in den ständigen Synergiedebatten.

Bleibt zu hoffen und an die politischen und polizeilichen Entscheidungsträger zu appellieren, der proklamierten und durch die Behörden wahrgenommen Aufgabenkritik auch entsprechende Taten folgen, sowie Synergien, die erzielt werden sollen und auch mit Sicherheit vereinzelt erreicht werden können, auch an den entsprechenden Stellen ankommen zu lassen.

Die Redaktion





# BEZIRKSDELEGIERTENTAGUNG DES PP SÜDHESSEN

## AM DONNERSTAG, 12.11.2015, LUD DIE BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN ZUR DELEGIERTENTAGUNG IN HÖCHST IM ODENWALD EIN.

Zu Beginn als Versammlungsleiter gewählt wurde Hartmut Schwöbel, dem wir einen ordentlichen Verlauf verdanken. Im Anschluss an die Begrüßung am neuen Schaffungsort des ehemaligen Polizeibeamten und nun in Höchst amtierenden Bürgermeister Horst Bitsch wurde der Vorstand der Bezirksgruppe gehört. Zuvor hatte bereits der als Gast anwesende Polizeipräsident Hr. Dölger seine Gastrede gehalten. Nach der Abgrenzung der allgemeinen und der besonderen Lage in Südhessen, wobei sich Herr Dölger bei der besonderen Lage insbesondere auf die Flüchtlingssituation bezog, erklärte er, dass er mit der Meinung des BKA Präsidenten nicht konform geht. Er machte deutlich: „WIR TUN UNSER BESTES, SO LANGE ES NOCH GEHT!“

Um auch die Mitarbeitermotivation zu verbessern, um weiterhin ein gesundes Betriebsklima zu halten will Herr Dölger die Kommunikation in Südhessen beleuchten und verbessern, damit Entscheidungen transparent auch die Basis erreichen. Seiner Ansicht nach führt ein gutes Betriebsklima auch zu besseren Kenn- und Leistungszahlen. Anschließend wies er auf die kommende Änderung der Beurteilungsrichtlinien hin. Hierzu erklärte er auch, dass es im Frühjahr weniger Beförderungstellen geben wird (Stand jetzt) aber das Stellenhebungsprogramm ja noch weitergeführt wird. Konkrete Zahlen wurden jedoch für Südhessen nicht genannt.



Kriminalrat Udo Lieser, PD Odenwald



v.l.n.r.: Pedron, Schwöbel, Büttner, Dölger.

Zur Personalsituation erklärte Herr Dölger, dass Hessen weit die Zahl von 1000 notwendigen Beamten zwar richtig sei, aber man unter den Polizeipräsidenten auch mit 300-400 Beamten mehr gut leben könnten. Die hieraus resultierende Verstärkung des Polizeipräsidentiums Südhessen würde möglicherweise zu der Schaffung eines Einsatzzuges dienen, der die Beamten in der Schicht und anderen Organisationseinheiten entlasten würde. Um dies zu gewährleisten müssen die Gewerkschaften weiter politischen Druck ausüben, so wie er selbst das PP Südhessen nach oben stark vertrete.

Im Anschluss an die Gastrede wurden aus dem Kreis der Delegierten Fragen gestellt. Erwähnenswert war hier die Frage, warum man seitens der Polizeipräsidenten nicht auch die 1000 Beamten fordern würde, sondern sich mit der Steigerung der Einstellungszahlen von 300-400 Beamten zufriedengeben würde. Hierauf erklärte er nochmals, dass die Gewerkschaften stark gefordert seien und die Polizeipräsidenten nur mäßige Forderungen ansetzen könnten. Nach seiner Rede und dem verspäteten Willkommensgruß des Hausherrn Bürgermeister Bitsch, er war

zuvor terminlich verhindert, verließ Herr Dölger die Tagung.

Herr Bitsch wandte sich mit ähnlichen Worten an die Anwesenden und wies deutlich auf die Wichtigkeit eines gesunden Betriebsklimas hin, nennt es richtige Weise: „höchstes Gut“. Er freute sich sehr im Kreise seiner ehemaligen Kolleginnen und Kollegen sein zu dürfen und erzählte die eine oder andere Anekdote. Selbstbewusst und mit Stolz berichtete Bürgermeister Bitsch u.a. von seiner Gemeinde.

Die weiteren Gäste des Tages, RKI-Leiter und stellv. Leiter der PD Odenwald Herr Udo Lieser, Repräsentanten der Badischen Beamtenbank (BBBank) Herr Hipke und Frau Vogel, sowie die Vertretung für den südhessischen Bereich der PVAG (Signal Iduna) Frau Antje Heuser.

In seiner Rede erklärte auch Herr Lieser das ein gutes Betriebsklima wichtiger ist denn je. Er fand aber auch die Worte, dass die Belastung ein Maß erreicht hat, dass so nicht mehr tragbar ist: „Es kann so nicht weitergehen!“, was zu Beifall in der Tagung führte. Er würdigte die Gewerkschaftsarbeit und erklärte, dass diese niemals aufhören darf, schon gar nicht in einer so angespannten Personalsituation.

Herr Hipke stellte die BBBank vor und dankte sich bei der GdP Südhessen für die gute Zusammenarbeit.



Team BBBank, Frau Vogel, Herr Hipke zu Gast bei der GdP SH

Ebenso stellte Frau Antje Heuser die Polizeiversicherung AG/Signal Iduna vor.

Bevor es zur Mittagspause kam, rich-



Dölger, Bitsch, Schwöbel-UNCUT

tete Antonio Pedron, Vorsitzender der BZG Südhessen und stellv. Landesvorsitzender, Worte an die Mitglieder und sprach von den Höhen und Tiefen des letzten Jahres, auch innerhalb der Bezirksgruppe. Von den Anwesenden bejaht wurde die Wichtigkeit des Zusammenhalts innerhalb der Gewerkschaft. Auch die Schwierigkeiten der GdP mit den Mitbewerbern wurden angesprochen und auch hier wurde ein klarer Kurs festgelegt. Ressourcen sollen für das Wichtigste verwendet werden, nämlich die von den Gewerkschaften vertretenen Beamten und Tarifbeschäftigten. Unterstützung und konstruktive Zusammenarbeit von anderen Gewerkschaften sind stets willkommen, Polemik, Anfeindungen und Blockadehaltungen dagegen geben wir keinen Raum. Diese Äußerung und die Tatsache, dass Toni uns zunächst

weiterhin als Vorsitzender der Bezirksgruppe zur Verfügung steht führten zu Applaus und zustimmenden Wortäußerungen.

Im Anschluss an Tonis Rede erklärte sich der Pensionär Koll. Huka an die Delegierten und erklärte, dass er einstmals selbst nur die GdP gekannt habe. Er nunmehr aber der Ansicht ist: „SCHULTER AN SCHULTER STEHEN“ müssen die Gewerkschaften bei Forderungen dem Land gegenüber insbesondere. Nach erfolgter Aussprache stellten wir fest, dass dies nicht immer so einfach sein wird, weil die Menschen den Unterschied machen. Oft sind gute Ideen nicht gut genug, weil diese nicht einem selbst stammen. Das Denunzieren macht eine Zusammenarbeit fast unmöglich. Oft geschieht dies aus

niederen Beweggründen. Unfassbar für uns ist, dass andere Gewerkschaftsmitglieder vor einem Rauswurf stehen, weil sie mit der GdP gut zusammenarbeiten.

Nach einer kurzen Mittagspause in der Ratschänke, im Hause, wurden der Vorstand der Bezirksgruppe und die Kasse entlastet. Es folgte der Bericht des Vorstandes für die Tätigkeiten der letzten zwei Jahre.

Unter anderem die Aktionen: Spende in Höhe von 1300,- Euro an die Polizeistiftung im Rahmen des Hessentags 2014 in Bensheim; die Demo 2014 in Wiesbaden bei der 4 Busse aus Südhessen angereist waren; die Aktion Beihilfe in Darmstadt, bei der die GdP in der Fußgängerzone Bürger über die Einschnitte bei

der Polizei aufklärte; die 2. Blau-Licht-Millieu-Party; Unterstützung des Golf Cups; der Spontan-Protest-Besuch beim CDU-Neujahrsempfang 2015 in Alsbach-Hähnlein; eine weitere Demo im April 2015; Die regionale Einsatzbetreuung in Rüsselsheim, bei einem Fußballspiel der Lilien zum Saisonende. Besonders gut bei den Mitgliedern der GdP angekommen waren die Seminare: „Eigensicherung ist kein Zufall“, „Das Auswahlgespräch“ und „Eigensicherung vor Gericht“.



Bürgermeister Horst Bitsch

Noch ausstehend dieses Jahr die Veranstaltung zur Beihilfeänderung und das Weihnachtsgeschenk für die Mitglieder.

Als letztes sprach der Vorstand die Mitgliederentwicklung, welche sich erfreulicherweise über einen Zuwachs erfreuen kann und wir in Südhessen nunmehr 1199 Mitglieder zählen können. So hoch wie noch nie zuvor!

Im weiteren Verlauf wurde über die Mitglieder abgestimmt, die uns bei den anstehenden Personalratswahlen 2016 vertreten werden und ein bis 12:30 Uhr eingereicherter Eilantrag angenommen.

Bei dem Antrag handelt es sich um die Abbestellung des Newsletters HMdIS. Der Beschluss sieht vor, dass Südhessen nunmehr die eingegangenen Schreiben der Tarifbeschäftigten und Beamten unverzüglich an das Büro des Herrn Innenminister übersenden wird.

Somit werden wir als erstes im Lande dieses deutliche Signal senden, dass wir keine Lust mehr haben uns für unsere gute Arbeit beglückwünschen zu lassen, während wir gleichzeitig eine Streichung bei der Beihilfe, oder die Zahlung von 18,90 Euro pro Monat, hinnehmen müssen.

Es soll deutlich werden, dass die „Zwangsbeglückung“ ein Ende haben soll.

Auch geladen waren Jens Morherr (Hauptpersonalratsvorsitzender) und Peter Wittig (stellv. Hauptpersonalrats-





Pedron, Strack und Schwöbel

vertreter, beide Mitglied im Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand), diese waren gerne entschuldigt, da beide im Innenausschuss des Ministeriums vorstellig werden musste. Wegen dieser Terminkollision zwischen der Tagung und der



Annerose Meierewert und Antonio Pedron

Anhörung im Innenausschuss entschieden sich beide für die Anhörung. Beide leis-



BZG-Vorsitzender Pedron

teten Überzeugungsarbeit im Vortrag für die Schichtzulage operativen Einheiten/ Fahndung und eine Anhebung des Stundensatzes DuZ.

Ein herzlicher Dank gilt auch den bei der Sitzung gewählten Mandatsprüfern: Klaus Strack, Dietmar Rodenheber und Jörg Gaulrapp. Ebenso der Antragsprüfungskommission: Horst Herzog Sigrd Schlicksupp und Michael Schweikert.

Durch den Vorsitzenden wurde Annerose Meierewert ein Blumenstrauß überreicht als Danke schön für die langjährige Zusammenarbeit insbesondere für die Zeit im Sommer dieses Jahres.

Im Vorfeld dieser Tagung hat Jörg Hartweck einiges an Arbeit übernommen, so dass auch er vom Vorsitzenden ein Weinpräsent als Anerkennung erhielt.



BBBank-Infostand

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es eine gelungene Veranstaltung mit kleinen Überraschungen war. Insbesondere der Besuch des Polizeipräsidenten der erstmalig bei seiner Rede ausnahmslos durch die Delegierten Zuspruch erhielt zumal er in der Vergangenheit gezeigt hat, dass ihm sein Fingerspitzengefühl mit der GdP und mit seinem Vorsitzenden oft im Stich gelassen hat.



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Süd Hessen  
der Gewerkschaft der Polizei und der  
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für Süd Hessen mit den Kreisen  
Groß-Gerau, Darmstadt, Bergstraße, Odenwald  
und D V/S Süd Hessen

**Herausgeber:**

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Andreas Grün  
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

**Verleger:**

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,  
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud

**Büro Frankfurt:**

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

**Verantwortlich für den Anzeigenteil:**

Andreas Jochum, Stephan Buschhaus

**Redaktion/Redaktionsanschrift:**

GdP BZG Süd Hessen  
Antonio Pedron (ViSdP), Reinhard Witke, Günter Blitz,  
Carsten Pick

**Die Bezirksgruppe im Internet:**

gdpsuedhessen@gmx.de

**Druck und Verarbeitung:** NK-Vertrieb GmbH, Abt.  
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.  
Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
(ISSN 0937-5333)

# RESOLUTION DER SÜDHESSISCHEN GDP GING AN INNENMINISTER HERRN STAATSMINISTER PETER BEUTH

## „DIE ZWANGSBEGLÜCKUNG HAT EIN ENDE- SÜDHESSENS POLIZISTEN BESTELLEN DEN NEWSLETTER DES HESSISCHEN INNENMINISTERS AB“

Seit Jahren weist die GdP auf die knappe Personaldecke bei Tarifbeschäftigten und Beamten hin. Auswirkungen sind ein Überstundenberg in Millionenhöhe, sowie zunehmend überlastete und kranke Mitarbeiter.

Seit Jahren fordert die GdP eine Anhebung der über viele Jahre unveränderten, und teilweise lächerlichen Entschädigung für Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Seit Jahren werden wir von unseren Innenministern für die hervorragende Arbeit im Dienste der Inneren Sicherheit gelobt. Politiker präsentieren dazu gerne die Polizeiliche Kriminalstatistik.

Seit Jahren werden wir Beamten dennoch regelmäßig von der ausgehandelten Tarifierhöhung abgekoppelt. Und nun, als Krönung der Dreistigkeit, wird die Besoldungshöherung der Beamten für 2015 komplett ausgesetzt.

### ES IST GENUG!!

Selbst die nun im Rahmen der Flüchtlingskrise aus dem Hut gezauberten „Verbesserungen“ für Hessens Polizisten sind schlichtweg unzureichend. Vielmehr versucht die Politik nun, die Beamtenschaft auch noch zu spalten, indem einigen eine DuZ-Erhöherung gewährt wird, während andere, ebenso belastete Kollegen, leer ausgehen.

Wir fordern eine Anpassung der fälligen DUZ-Beträge und eine Besoldungserhöherung. Denn nur eine Besoldungserhöherung wäre nachhaltig und auch pensionswirksam. Ähnlich pensionswirksam wäre nur noch die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage.

In einer vorgezogenen Aktion haben jetzt zahlreiche Südhehsische Beamte entschieden, den vom Innenministerium regelmäßig auf den Standardarbeitsplatz übermittelten „Newsletter“ des Innenministers abzumelden. Es ist für diese Kolleginnen und Kollegen schlichtweg nicht mehr zu ertragen, dass sie einerseits wiederkehrend für die hervorragende Arbeit gelobt werden, sie aber andererseits die Besoldungserhöherung vorenthalten bekommen.

Die gesammelten Abmeldefomulare werden wir unter Einbeziehung der Medien an das Innenministerium zustellen lassen.

**GdP-Südhehsen  
Delegiertentagung in Höchst vom  
12.11.2015**

### EINE SÜDHESSISCHE POLIZEI-DIENSTSTELLE SPRICHT KLARTEXT.

**Landespolitiker mögen von Anstandsbesuchen zu Weihnachten und zum Jahreswechsel Abstand nehmen.**

Der Redaktion wurde ein Schreiben übersandt, aus dem hervorgeht, dass

die Landespolitiker eines südhehsischen Landkreises von den Bediensteten einer Polizeidienststelle aufgefordert wurden, von Anstandsbesuchen zu Weihnachten und zum Jahreswechsel Abstand zu nehmen. In diesem Schreiben heißt es in Bezug zur Nullrunde und zur Lohnkürzung durch die Beihilfereform **„...in den Augen der Beamten wird deren Arbeit von der Landespolitik in keinsten Weise gewürdigt“** [...] das Schreiben endet mit dem Satz **„...Aus diesen Gründen möchten wir dieses Jahr auf den Besuch der Landespolitiker verzichten.“**



**Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen**

Name: .....

Vorname: .....

Dienstgrad: .....

Personalnr.: .....

### Kündigung des Newsletter HMdl auf meinem Standardarbeitsplatz

In besagtem Newsletter wird ständig die hochprofessionelle Arbeit der Polizei gelobt. Dennoch verweigert die Hessische Landesregierung ihren Beamten die Übernahme des Tarifiergebnisses. Dies halte ich persönlich für unerträglich.

# ERSCHÜTTERUNG ÜBER TERRORAKTE IN PARIS

Nicht erst nach den Anschlägen von Paris sorgt sich die Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Hessen um die Sicherheit im Land. Schon lange beklagen wir eine viel zu dünne Personaldecke, die keine Spielräume mehr für ausreichende polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum lässt und zugleich den Bemühungen um die Ermittlungen und Erforschungen terroristischer Aktivitäten Grenzen aufzeigt.

Es fehlen klare Bekenntnisse der Landesregierung, die hessische Polizei personell wirklich aufzustocken und nicht nur das vorhandene Personal von links nach rechts zu verlagern.

Wer angesichts der neuerlichen aktuellen Vorfälle in Paris dennoch Personalabbau bei der Polizei betreibt, führt ein nicht kalkulierbares Spiel mit der inneren Sicherheit.

Die Initiative der Landesregierung, die Staatsschutzkommissariate mit zusätzlichen Stellen zu versehen, ist grundsätzlich richtig.

Jedoch wurden diese Stellen aus anderen wichtigen Bereichen der hessischen Polizei, wie etwa der Bereitschaftspolizei, heraus genommen und werden deshalb bei künftigen Einsatzlagen zu vermehrten Einsätzen des ohnehin schon überlasteten polizeilichen Einzeldienstes führen.

Wir fordern:

- Keine Stellenstreichungen bei der Polizei (Tarif und Vollzug)
- Die unverzügliche Schaffung ausreichend neuer Planstellen, um die hinzugekommenen, als auch die neuen Aufgaben (z.B. Bekämpfung des islamistischen Terrors) erledigen zu können
- Die Wertigkeit der zu schaffenden Planstellen muss sich an den zu erledigenden Aufgaben orientieren.

Nicht nur die personelle Situation ist nach den Anschlägen in Frankreich zu hinterfragen, sondern wir müssen uns insbesondere auch mit folgenden Fragen auseinandersetzen:

- Ist die Sachausstattung der Polizei, gerade der Kolleginnen und Kollegen des Streifen- und Ermittlungsdienstes, sowie beim Personen- und Objektschutz noch zeitgemäß?
- Sind bei der Aus- und Fortbildung, insbesondere bei der Beschulung

„Amoklagen“ Änderungen vorzunehmen?

- Reichen die gesetzlichen Rahmenbedingungen aus, um der latenten Terrorgefahr noch polizeilich begegnen zu können?

Auch, wenn durch das Vorhalten von Telekommunikationsdaten (Vorratsdatenspeicherung) kein 100-prozentiger Schutz erreicht wird, so können im Nachgang zu solchen Anschlägen wichtige Erkenntnisse ermittelt werden.

Dadurch lassen sich künftig geplante Straftaten möglicherweise verhindern und Rückschlüsse auf Mittäter oder terroristische Netzwerke können erlangt werden.

Wenn wir auf diese Informationen nicht zurückgreifen können, schaffen wir geradezu rechtsfreie Räume für politisch motivierte Straftäter.

Weil solche Einsätze wie jetzt in Paris auch jederzeit in Deutschland geschehen können, muss die Landesregierung ihrer besonderen Verantwortung für eine pro-

fessionelle Polizei noch deutlicher gerecht werden.

Dazu braucht es Rahmenbedingungen, damit sich auch morgen noch Männer und Frauen bereit erklären, diesen Beruf auszuüben. Hierzu bedarf es neben einer adäquaten personellen Ausstattung auch ausreichende Fürsorge und Wertschätzung der Arbeit.

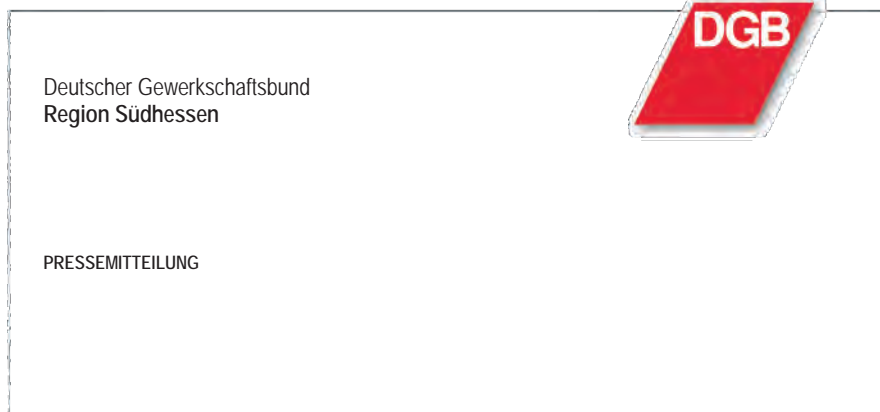
Stellenstreichungen, Lohndiktate und Kürzungen bei der Krankenversorgung, wie sie in Hessen momentan betrieben werden, stehen dem entgegen.

Die pauschale Antwort auf gewerkschaftliche Forderungen ist mit dem Schlagwort „Schuldenbremse“ oder „schwarze Null“ nicht mehr glaubwürdig.

**Was nutzt den Bürgern ein ausgeglichener Staatshaushalt, wenn sie nicht mehr in Sicherheit und Frieden leben können.**

In Gedanken sind wir bei allen Menschen, die bei dem neuen Terrorakt in Paris ihr Leben lassen mussten.

Die Redaktion



Deutscher Gewerkschaftsbund  
Region Südhausen

PRESSEMITTEILUNG

Der DGB Südhausen trauert mit Frankreich -  
Schreiben an die französische Schwestergewerkschaft CGT im Elsass

14.11.2015

DARMSTADT / SÜDHESSEN. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Südhausen ist entsetzt und erschüttert über die blutigen Terroranschläge in Paris. In einem Schreiben an den Vorstand und die Kolleginnen und Kollegen der französischen Partnergewerkschaft CGT im Elsass hat der DGB seine Anteilnahme bekundet: „Die feigen Anschläge richten sich nicht nur gegen Frankreich, sondern gegen alle friedliebenden Menschen, gegen Menschenwürde, gegenseitigen Respekt und Toleranz. Wir trauern mit Euch, mit Paris, mit Frankreich und Europa um die Opfer und sprechen ihren Angehörigen unser tiefstes Mitgefühl aus. NousSommesUnis“, schreibt DGB-Regionssekretär Horst Raupp.

Der DGB Südhausen betont: „Die Attentäter dürfen und werden keinen Erfolg haben. Wir lassen uns nicht in den Hass und in die Menschenfeindlichkeit treiben, wir treten aktiv ein für eine freie, offene, solidarische und demokratische Gesellschaft. Jetzt erst recht!“.

Horst Raupp  
Regionssekretär

Horst Raupp  
Regionssekretär

Horst.Raupp@dgb.de

Telefon: 06151 3997-12  
Telefax: 06151 3997-23  
Mobil: 0160 8846748

Ra/Go

Rheinstraße 50  
64283 Darmstadt

Darmstadt@dgb.de

www.suedhessen.dgb.de



# BEIHILFEREFORM = REALE LOHNKÜRZUNG

## GDP-SÜDHESSEN INFORMIERT IN ALLEN VIER DIREKTIONEN

Als die Mitteilung pünktlich zu Beginn der Herbstferien im Briefkasten lag, konnten viele nicht lachen. Dieser Postversand erfolgte ohne Ankündigung! Weder Gewerkschaften noch Personalräte wurden vorher in Kenntnis gesetzt. Unsere Beihilfestelle erhielt immerhin zwei Tage vorher Kenntnis. Stilfrage? Wenn interessiert's? Dem Finanzminister geht's nur ums Geld. Zu verdanken haben wir es der treibenden Kraft **Bündnis 90/Die Grünen**. Diese Reform soll Geld in die Kasse spülen und die Fürsorgeleistung im Gesundheitswesen soll zukünftig für alle „Nein“-Ankreuzer dem Land Geld sparen.

### AUFKLÄRUNGSMARATHON DURCH SÜDHESSEN

Wir haben am Montag, 23.11.2015 die PD Darmstadt-Dieburg und die PD Groß-Gerau und am Dienstag, 24.11.2015 die PD Odenwald und die PD Bergstraße jeweils vormittags und frühnachmittags aufgesucht um Aufklärungsarbeit zu leisten. Das Anschreiben informiert nicht zielgerecht. Das Thema ist viel zu wichtig um es nur halbherzig zu behandeln. Deshalb hatten wir einer besten Referenten,

Gerhard Kaiser, Beihilfestelle Hünfeld, für den Fachvortrag gewinnen können.

### VOR ORT UND ALLES AUS EINER HAND

Begleitet wurden wir von Repräsentanten der Freien Arzt- und Medizinerkassen (FAMK), der Debeka und der PVAG/Signal Iduna. Nach dem Fachvortrag zur Beihilfeänderung konnten die Kolleginnen und Kollegen ihre Fragen auch an die Versicherungsrepräsentanten stellen. Im Anschluss konnten sie individuell und persönlich ihre Versicherungsfragen klären.

Unterstützt wurde die Südhessische GdP durch ihren Kooperationspartner der Badische Beamten Bank (BBBank eG).

### NICHT NUR CHEFARTZ UND ZWEIBETTZIMMER

Zum 01. November 2015 wurden durch den Innenminister per Verordnung die Arbeitgeberanteile zur Krankenversicherung (Beihilfe) verändert.

Heiß diskutiert wurden in den vergangenen Wochen die Einschnitte bei den

sog. Wahlleistungen, also der Chefarztbehandlung und Zweibettzimmer.

Diese sind nur noch unter bestimmten Voraussetzungen mit einem monatlichen Eigenanteil von 18,90 Euro pro Beihilfeberechtigtem beihilfefähig.

Aber nicht nur das wurde neu geregelt. Im Folgenden möchten wir einen Überblick der anderen, ebenso wichtigen Änderungen, geben.

### Die Hessische Beihilfenverordnung wurde zum 01.11.2015 an folgenden Stellen geändert:

1. § 5 Abs. 1 Satz 5 ->

Die Aufwendungen für Heilpraktiker sind bis zur Höhe der in der Anlage 4 zu § 6 Abs. 1 Nr. 1 HBeihVO aufgeführten Beträge beihilfefähig.

2. § 5 Abs. 1a ->

Aufwendungen für Leistungen, die in Form von ambulanten, voll- oder teilstationären Komplextherapien erbracht und pauschal berechnet werden, sind im Umfang der Leistungen eines mit der privaten oder gesetzlichen Krankenversicherung geschlossenen Versorgungsvertrags

Ansprechpartner:

<p><b>FAMK Südhessen</b></p> <p>Anja Bleeck Tel. 0163/ 6808788 <a href="mailto:Anja.bleeck@famk.de">Anja.bleeck@famk.de</a></p> <p>Jürgen Häring Tel. 0151/ 62918406 <a href="mailto:Juergen.haering@famk.de">Juergen.haering@famk.de</a></p>	<p><b>Signal Iduna Polizeiversicherung AG Südhessen</b></p> <p>Frau Antje Heuser Tel. 0163/ 3596090 <a href="mailto:Antje.heuser@signal-iduna.net">Antje.heuser@signal-iduna.net</a></p> <p>Rainer Pelzl Tel. 0174/ 9051142 <a href="mailto:Rainer.Pelzl@signal-iduna.de">Rainer.Pelzl@signal-iduna.de</a></p>	<p><b>BBBank /Debeka</b></p> <p><u>BBBank:</u> Roland Hipke Tel. 0172/ 6797835 <a href="mailto:Roalnd.hipke@bbbank.de">Roalnd.hipke@bbbank.de</a></p> <p><u>Debeka Darmstadt:</u> Verena Peuser Tel. 0151/ 15285752 <a href="mailto:Verena.peuser@debeka.de">Verena.peuser@debeka.de</a></p> <p><u>Debeka Rüsselsheim/GG:</u> Holger Nies <a href="mailto:Holger.nies@debeka.de">Holger.nies@debeka.de</a> Tel. 0172/ 6112915</p> <p><u>Debeka Bergstraße</u> 06251/ 77009-0 <a href="mailto:Bensheim@debeka.de">Bensheim@debeka.de</a> <u>Debeka Odenwald</u> (06062) 919621 <a href="mailto:Servicebuero_erbach@debeka.de">Servicebuero_erbach@debeka.de</a></p>
---	--	--



Dietmar Rodenheber (GdP) übergibt Gerhard Kaiser einen Polizeiteddy als Dankeschön für den gelungenen Vortrag

und bis zur Höhe der dort geregelten Vergütung beihilfefähig. Dies gilt auch für ärztliche Leistungen, die nicht nach der Gebührenordnung für Ärzte abgerechnet werden, sowie für Hilfsmittel

#### 3. § 6 und 6a ->

Wahlleistungen (wahlärztliche Leistungen und Zweibettzimmerzuschläge abzgl. 16,00 € Eigenanteil p. T.). Diese Leistungen sind ab 01.11.2015 nur noch dann beihilfefähig, wenn die/der Beihilfeberechtigte binnen einer Ausschlussfrist von 3 Monaten erklärt, dass er diese Leistungen auch künftig beanspruchen will und dafür monatlich 18,90 € ab 01.11.2015 von seinen Bezügen einbehalten lässt.

#### 4. § 9 bis 9d ->

Die Pflegeleistungen werden dem SGB XI angepasst. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zur Alimentationspflicht wurde in § 9c eingearbeitet.

#### 5. Anlage 2 ->

Die gnathologischen Leistungen (Nrn. 8000 ff. der Gebührenordnung für Zahnärzte) sind künftig wieder nur dann beihilfefähig, wenn der Befundbericht des Zahnarztes vorgelegt wird.

## ZU DEN EINZELNEN ÄNDERUNGEN:

### Zu 1. Gebühren der Heilpraktiker(innen)

Die Gebühren der Heilpraktiker nach der GebüH sind nur im Rahmen der Anlage

1 beihilfefähig. Die Höhe der Leistungen ist gegenüber der bisherigen Praxis geblieben. Insbesondere psychotherapeutische Leistungen der Heilpraktiker sind – wie bisher – nicht beihilfefähig. Bei den Sätzen der Anlage 4 zu § 6 Abs. 1 Nr. 1 HBeihVO handelt es sich um Höchstbeträge. Wissenschaftlich nicht allgemein anerkannte Behandlungen bleiben daneben nach § 6 Abs. 2 HBeihVO weiterhin von der Beihilfengewährung ausgenommen.

### Zu 2. Komplextherapien

Aufwendungen für Leistungen, die in Form von ambulanten, voll- oder teilstationären Komplextherapien erbracht und pauschal berechnet werden, waren bisher von der Beihilfengewährung ausgenommen. Dies hat nun der Verordnungsgeber wie in den anderen Bundesländern auch, nachgezogen. Jetzt kommen auch Beihilfempfang(er)innen in den Genuss dieser Komplextherapien. Gesetzlich pflichtversicherte Personen erhielten diese Leistungen schon seit Jahren. Beabsichtigt der Beihilfeberechtigte für sich oder seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen die Teilnahme an einer solchen Therapie, empfiehlt sich das folgende Vorgehen für in einer privaten Krankenversicherung versicherte Personen.

Der Heil- und Kostenplan des Leistungserbringers ist der privaten Versicherung zur Voranerkennung vorzulegen. Soweit nicht durch den Leistungserbringer bereits eine Kopie des Vergütungsver-

trags mit einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung vorgelegt wird, ist dieser durch den Beihilfeberechtigten zu beschaffen. Der Weg führt hier über die private Krankenversicherung. Ohne Nachweis eines Versorgungsvertrags mit einer gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung sind die Aufwendungen nicht beihilfefähig. Für gesetzlich Krankenversicherte genügt der Nachweis der gesetzlichen Krankenkasse.

### Zu 3. Wahlleistungen im Rahmen der stationären Behandlung.

Wahlleistungen waren bisher nach § 6 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe b) HBeihVO beihilfefähig. Zu den Wahlleistungen zählen die wahlärztlichen Leistungen, landläufig als „Chefarztbehandlung“ bekannt und die Mehraufwendungen für die Unterbringung in einem Zweibettzimmer. Während diese Leistungen bisher beihilfefähig waren, hat sich die Beihilfefähigkeit ab dem 01.11.2015 grundlegend geändert. Wahlärztliche Leistungen und die Aufwendungen für das Zweibettzimmer abzüglich 16,00 € Eigenanteil pro Aufenthaltstag sind nur dann beihilfefähig, wenn der Beihilfeberechtigte binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten gegenüber der Beihilfestelle auf dem dafür vorgesehenen Vordruck erklärt, dass er diese Leistungen weiterhin für sich und seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen erhalten möchte und sich dafür verpflichtet, ab 01.11.2015 monatlich 18,90 € von seinen Bezügen einbehalten zu lassen. Wer diese Erklärung nicht bis spätestens 31.01.2016 um 24.00 Uhr bei der Beihilfestelle abgegeben hat, verzichtet unwiderruflich auf diese Leistungen, bis sich entweder sein Beamtenverhältnis z. B. durch Versetzung in den Ruhestand ändert. Wer also die Leistungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 6 Buchstabe b) HBeihVO weiterhin für sich und seine berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen in Anspruch nehmen will, soll die Formularerklärung unterschreiben und die Alternative „Ja“ ankreuzen.

Die Beihilfestelle teilt die Tatsache, dass eine entsprechende Erklärung abgegeben wurde, der Bezügestelle mit, die den Betrag von 18,90 € monatlich ab 01.11.2015 von den Bezügen einbehält. Wer die Erklärung innerhalb der Ausschlussfrist nicht abgibt oder auf dem Formularbogen „Nein“ ankreuzt, erhält ab 01.11.2015 für sich und seine berücksichtigungsfähigen Familienangehörigen auf die Wahlleistungen keine Beihilfe mehr.

Der Betrag von 18,90 € monatlich ist nicht für den Beihilfeberechtigten und jeden berücksichtigungsfähigen Angehörigen gesondert zu entrichten. Mit dem Betrag sind vielmehr der Beihilfeberechtigte und alle seine berücksichtigungsfähigen Angehörigen für diesen Betrag insgesamt berechtigt.

Daher zahlt der ledige Beihilfeberechtigte ohne berücksichtigungsfähige Angehörige genauso 18,90 € monatlich wie z. B. der Beihilfeberechtigte mit 5 berücksichtigungsfähigen Kindern.

Nach Auskunft des Hessischen Ministeriums der Finanzen sind die 18,90 € nicht als Sonderausgaben geltend zu machen. Der Betrag mindert direkt das zu versteuernde Einkommen und damit wird auf den Betrag überhaupt keine Steuer fällig.

#### DIE ZAHLUNGSPFLICHT RUHT:

- während der Elternzeit des Beihilfeberechtigten
- während einer Beurlaubung nach § 64 Abs. 1 Satz 1 HBG,
- solange ein Beihilfeanspruch besteht
- während einer Beurlaubung ohne Beihilfeanspruch
- in den Fällen des § 4 Abs. 1 Nr. 1 HBeihVO für die Dauer des Ausschlusses der auf einem Versorgungsbezug beruhenden Beihilfeberechtigung



Interessierte Zuhörer

Auf die Wahlleistungen kann jederzeit unwiderruflich für die Zukunft verzichtet werden. Mit dem Verzicht auf die Leistung erlischt auch die Zahlungsverpflichtung.

#### Zu 4. Pflegeleistungen

Die Leistungen im Rahmen der Pflege wurden den Leistungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung angepasst. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Leipzig zur Alimentationspflicht wurde eingearbeitet.

#### Zu 5. Gnathologischen Leistungen

Die gnathologischen Leistungen (Nrn. 8000 ff. der Gebührenordnung für Zahnärzte) sind künftig wieder nur dann beihilfefähig, wenn der Befundbericht des Zahnarztes vorgelegt wird. Es empfiehlt sich für den Beihilfeberechtigten, sich diesen Nachweis mit der Rechnung aushängigen zu lassen und eine Kopie desselben mit der Rechnungskopie zusammen bei der Beihilfenstelle vorzulegen.

Foto: Andreas Laubenstein

Text: Antonio Pedron / Gerhard Kaiser

## ES IST GUT ZU WISSEN, WEM MAN VERTRAUEN KANN

Seit Ende März 2015 ist die Freistellung im Personalrat der Liste 2/DPoLG in Südhessen vakant. Eine Neubesetzung wird abhängig gemacht vom laufenden Gerichtsverfahren (seit Oktober 2014) beim VG Darmstadt. Polizeireport Südhessen berichtete. Der Vorstand der DPoLG lässt die vom Wählerwillen zustehende Stelle unbesetzt, obwohl es in ihren Reihen Personen gibt, die im Personalrat mitarbeiten möchten. Somit war die Folge, dass der BDK (Bund Deutscher Kriminalbeamter) die Freistellung hätte nutzen können. Alle wurden hierzu formal angeschrieben. Der BDK verhält sich neutral und möchte aufgrund des laufenden Gerichtsverfahrens abwarten und erhebt keinen Anspruch.

Das Personalvertretungsrecht lässt jedoch kaum Vakanz zu und schreibt drei Freistellungen für das PP Südhessen vor. Aktuell sind freigestellt Antonio Pedron (100%), Annerose Meierewert (50%), Claudia Büttner (100%). Die freie halbe Stelle wurde nun Ende November 2015 nach Beschlussfassung im Personalrat

durch Dietmar Rodenheber (DEG Viernheim) besetzt. Die Behördenleitung hat hiermit für Gesetzeskonformität gesorgt. Durch Urlaubsverzicht und Überstunden konnte die bisherige Vakanz aufgefangen werden. Der Personalrat kann nun intensiver seiner Arbeit nachkommen. Red.





## MITGLIEDER DES PERSONALRATS STELLEN SICH VOR:



### Dietmar Rodenheber

Kriminalhauptkommissar  
64646 HP-Kirschhausen  
Schulstraße 20  
55 Jahre, glücklich verheiratet, 2 Kinder (jetzt junge Frauen) 16 und 21 Jahre

#### 1. SEIT WANN IM PPSH, DIENSTLICHE VITA?

Nach vollendeter Maschenschlosserausbildung und Tätigkeit als Getränkefahrer im elterlichen Betrieb

1980 – 1986, Ausbildung Kassel/ Wiesbaden, dann Einsatzeinheit BEPO Wiesbaden

1986 – 1990, PK HP, Polizeistation Heppenheim, Schichtdienstbeamter

1990 – 1996, KK HP, K 02/03, K 04 (Studium Fachhochschule Wiesbaden 1993-1996)

1996 – 2005, PD BS, Polizeistation Bensheim, DEG L/V, zusätzlich ab 2002, Leiter der AG Wohnung,

2005 – 2007, PD BS, RKI/ K 21/22, Leiter der Sachrate Wohnungseinbruch/ Trick und Taschendiebstahl

2007 – 2009, PD BS, RKI/ K 34, stellvertretender Kommissariatsleiter  
Seit 08/2009, PD BS, PST Lampertheim-Viernheim, Ermittlungsgruppenleiter DEG Viernheim

#### 2. DAS FINDE ICH AN MEINER HEIMATDIENSTSTELLE GUT...

Besonders gut finde ich den kollegialen Umgang unserer Leute untereinander. Gerade in unserer geographischen Randlage (drei Seiten Baden-Württemberg) ist der informelle und auch persönliche Austausch zwischen den Kollegen äußerst wichtig. Probleme werden nicht verdrängt sondern offen angesprochen und im respektvollen Miteinander gelöst. Der offene und vertrauensvolle Umgang, der bei uns erkennbar gelebt wird, fördert die Arbeit im Team, macht Spaß und führt zu Erfolgen und „messbar“ guten Ergebnissen.

#### 3. SEIT WANN UND WARUM IN DER GDP?

Ich bin bei der GdP seit meinem Eintritt in die Polizei im Jahre 1980. Es war völlig klar, dass ich mich bei der Polizei gewerkschaftlich organisiere. Ich komme aus einer politischen, in meinem Fall, sozialdemokratischen, Familie, obwohl mein Vater Kleinunternehmer war, er hat nie seine Arbeiterwurzeln vergessen. Wir haben immer zu Wahlkampfzeiten unsere Lieferwagen zur Plakatierung zur Verfügung gestellt. Ich habe bereits als 9jähriger mitgemacht und Bilder vom „Willi“ an die Laternen gehängt.

Ohne Gewerkschaft, ohne GdP, als Interessenvertreter der Bediensteten geht gar nichts. Damit meine ich im wahrsten Sinne des Wortes Interessenvertreter der Bediensteten der Polizei. Gegenspieler einer Politik die, nicht erst seit gestern, für Verschlechterungen und Einschnitte bei der Polizei steht und immer mehr Rechte und nicht zu vergessen Personal abbaut.

Nicht wie die „Blauen“, organisiert im Beamtenbund. Dafür gegründet als Gegen-Organisation zu Uns, den Kollegen eine pseudo-Vertretung vorzugaukeln und dadurch die berechnete Opposition und Forderungen der Bediensteten bei der Polizei gegenüber der Politik kleinzuhalten.

Von den Sektierern (BdK) will ich gar nicht sprechen, denn es gibt nur EINE Polizei und deren Bedienstete die alle gemeinsam und unterschiedslos von der GdP vertreten werden.

#### 4. SEIT WANN IM PERSONALRAT?

Seit dem Jahr 2008 darf ich als Nachrücker den Personalrat unterstützen.

#### 5. DAS MOTIVIERT MICH.....

Die Möglichkeit direkt, aktiv und vor Ort etwas für die Bediensteten des

PP Südhessen zu bewirken. Man sagt von mir, ich hätte einen ausgesprochenen Gerechtigkeitssinn. Tatsächlich gehen mir alle Vorgänge in denen Selbstgerechtigkeit, Borniertheit und Dummheit die Feder führt tierisch auf den Geist. Ich glaube, dass ich mit meiner Erfahrung im dienstlichen und zwischenmenschlichen Geschäft dazu beitragen kann als Teamplayer eine wertvolle Hilfe zu sein, wenn es um die Vertretung der Interessen der Bediensteten geht.

#### 6. DAS ÄRGERT MICH.....

Wie bereits erwähnt, Selbstgerechtigkeit, Borniertheit und Dummheit, vielleicht auch noch Egoismus, wobei darüber im Einzelfall zu reden ist.

#### 7. DAS WÜNSCHE ICH MIR FÜR DIE ZUKUNFT...

Ich wünsche mir für die Zukunft, mich aktiv in die Belange des PP Südhessens einbringen zu können.

Im Gespräch mit der Behördenleitung, das immer von gegenseitigem Respekt geprägt sein muss, ist es mir äußerst wichtig vernünftige Lösungen auf den Weg zu bringen.

Lösungen sind immer auf den Interessenausgleich aufgebaut. Nach Verhandlungen einen belastbarer Kompromiss zu erzielen, vielleicht auch Mal einen Schritt zurückgehen, um sich beim nächsten Mal wieder neu aufzustellen, das ist der richtige Weg.

Nach meiner Meinung ist dies der Ausdruck eines konstruktiven Umgangs mit sachlichen und persönlichen Problemen, die sich im täglichen Geschäft für Unsere Behörde stellen.

Ich bin der festen Überzeugung das nur eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Behördenleitung kurz- und langfristig zu den besten Lösungen, im Sinne der Bediensteten, führt.

Ich freue mich auf die neue Herausforderung.



### Claudia Büttner

#### 1. SEIT WANN IM PPSH, DIENSTLICHE VITA?

Seit 1991 in der PD Groß-Gerau, dann weiter im PPSH (Zusammenlegung der Präsidien) mit Tätigkeitsfeld GG

#### 2. DAS FINDE ICH AN MEINER HEIMATDIENSTSTELLE GUT...

Ländliche Gegend, vielseitige Tätigkeiten, tolle Kollegen/innen auf der Station – eine große Familie-

#### 3. SEIT WANN UND WARUM IN DER GDP?

Seit 1989, zunächst Primär passives Mitglied, dann aktiv Zugehörigkeit der KG GG Vorstand (Frauengruppe), Vorstand BZG, Im Rahmen der Gewerkschaft den Kollegen/innen Hilfestellung zur Bewältigung von Problemen geben

#### 4. SEIT WANN IM PERSONALRAT?

Seit 2012 im Gremium des PR, seit August 2015 freigestellt im Personalrat

#### 5. DAS MOTIVIERT MICH.....

In meiner derzeitigen Position habe ich noch mehr als vorher die Möglichkeit Kollegen/innen zu unterstützen und Ungerechtigkeiten entgegen zu wirken.

#### 6. DAS ÄRGERT MICH.....

Ungerechtigkeiten die an Borniertheit und Egoismus scheitern und daher nicht aufgelöst werden können

#### 7. DAS WÜNSCHE ICH MIR FÜR DIE ZUKUNFT...

Weiter für die Belange der Kollegen/innen eintreten zu können. Faires und ehrliches Agieren der Betroffenen wie auch der Gesprächspartner auf der anderen Seite. Hierzu zählt auch vertrauensvoller Umgang mit der Behördenleitung und anderen Führungskräften.

Eine bessere Kommunikation untereinander, in allen Ebenen, wäre einer der größten Wünsche

# NULLRUNDE UND BEIHILFEKÜRZUNG

## KREISGRUPPE BERGSTRASSE DER GDP TAGTE IM LORSCHER BRAUHAUS

Die Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Bergstraße der GdP im Lorscher Back- und Brauhaus wurde mit dem Gedenken an den verstorbenen Kollegen Günter Haase eröffnet. In erster Linie waren die Senioren der Gewerkschaft gekommen. Die aktiv Beschäftigten seien sehr stark belastet und hätten kaum Zeit, zu Gewerkschaftsversammlungen zu kommen, entschuldigte sie der Vorsitzende. Zu den durchgeführten Aktivitäten zählte er eine Waldwanderung, ein Fischfest im Heppenheimer Vogelpark und die Teilnahme an Demonstrationen. Dabei sei es um die von der Landesregierung ausgerufene Nullrunde bei den Tarifverhandlungen gegangen und die beabsichtigten Kürzungen bei der Beihilfe. Eine Kollegin merkte an, dass sie eine bessere persönliche Betreuung der Mitglieder vermisse. Hier wurde für die Zukunft angeregt, eine Sprechstunde einzurichten und einen E-Mail-Plan zu erstellen.

### BEIHILFEKÜRZUNG, NULLRUNDE, ARBEITSBELASTUNG

Die beiden Themen Beihilfe und Nullrunde waren auch Gegenstand einer ausführlichen Diskussion. Es wurde kritisiert, dass die schwarz-grüne Landesregierung verordnet hatte, dass Wahlleistungen, zum Beispiel Chefarztbehandlung, Einbett-Zimmer, bei stationärer Behandlung gestrichen würden, wenn die privat Versicherten Beschäftigten nicht monatlich 18.90 Euro bezahlten. Einig waren sich alle Anwesenden, dass es trotz anderslautender Äußerungen von Politikern bei der Krankenversicherung ein Zwei-Klassen-System gebe.

Gesetzlich versicherte Beschäftigte müssten, im Gegensatz zu privat Versicherten, bei einem Arzt länger auf einen Termin warten. Verärgert zeigten sich die Polizeibeamten auch, weil sie in diesem Jahr keine Gehaltserhöhung bekämen und die Regierung angeordnet habe, dass es in den kommenden beiden Jahren nur eine Gehaltserhöhung von einem Prozent geben werde. Dazu kämen eine immer stärker werdende Arbeitsbelastung und zusätzliche Einsätze etwa bei Fußballspielen oder Demonstrationen unterschiedlicher Art. Das gehe zu Lasten der Familien. Mit



v.l.n.r. Peter Eller (Pensionär, Auerbach) für 50- und Werner Farda (Ermittlungsgruppe Heppenheim) für 40jährige Mitgliedschaft in der GdP.

Bild und Text: Weinbach

Sonntags-Lobreden sei der Polizei nicht geholfen, meinte ein Mitglied.

### NACHWAHLEN UND EHRUNGEN

Keine Probleme gab es mit dem Kassenbericht von Ingrid Domsel. Die Prüfer Hans Hofmann und Hartmut Würz bescheinigten ihr eine einwandfreie Kassenprüfung. Für den aus beruflichen Gründen zurückgetretenen Tarifvertreter Friedrich Rindfleisch wurde Heike Reichert (Polizeistation Viernheim) neu in den Vorstand gewählt.

Als neuer Seniorenvertreter da der seitherige Amtsinhaber Wilfried Seibel verstorben war. Norbert Weinbach nimmt dessen Platz jetzt ein. Die Kandidaten für die Personalratswahl 2016 wurden ebenso gewählt wie die Delegierten zur GdP-Konferenz in Höchst/Odenwald.

Neun Mitglieder sollten geehrt werden.

#### 25 Jahre:

Sara Rößler-Lambrecht, Bettina Wegner, Martin Weinbach, Yvonne Wenzel.

#### 40 Jahre:

Werner Farda, Dieter Hoffmann.

#### 50 Jahre:

Ralf Adam, Peter Eller, Gisela Kampfenkel. Sie ist 93 Jahre und war entschuldigt.

Von den zu ehrenden Mitgliedern waren nur zwei erschienen. Werner Farda von der Dezentralen Ermittlungsgruppe Heppenheim wurde für die 40jährige und Peter Eller, Pensionär aus Auerbach, wurde für die 50jährige Mitgliedschaft geehrt. Er war in seiner aktiven Zeit auch Vorsitzender der Bergsträßer GdP und Vorsitzender des damals noch existierenden Personalrats in Heppenheim.

Für die langjährige Mitgliedschaft wurden ihnen eine Ehrenurkunde, eine goldene Anstecknadel, einen Gutschein und eine Flasche Wein überreicht. nw



# HERBSTSPAZIERGANG UND MITGLIEDEREHRUNG DER KG DARMSTADT-DIEBURG



Nach einer Sitzung des Vorstandes der Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg am Freitag den 06. November 2015 fand im Anschluss die diesjährige Herbstwanderung im Wald rund um die Fischerhütte Darmstadt statt.

Inmitten dieses fröhlichen Beisammenseins, fanden die Ehrungen der langjährigen Mitglieder statt.

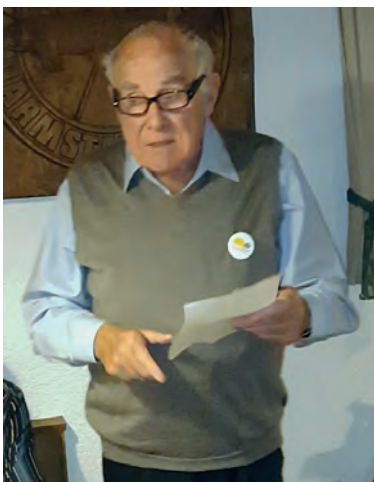
Allen anwesenden Jubilaren gratulierte der Kreisgruppenvorsitzende Christian Richter herzlichst und überreichte ein

Ein besonderer Höhepunkt war die Ehrung für 70 Jahre Mitgliedschaft (!) des Kollegen Heinrich Beckmann. Dieser hatte zur Freude aller Anwesenden mit seiner Ehefrau an diesem Ereignis teilgenommen und es sich nicht nehmen lassen an die Runde ein paar Worte zu richten.

Nach einem gelungenen Nachmittag im Kreise der GdP Kollegen/Innen waren sich alle einig, dass ein solches Treffen im kommenden Jahr unbedingt wiederholt werden sollte.

Dabei würden sich insbesondere unsere verdienten Pensionäre über eine rege Teilnahme von aktiven Kollegen/Innen freuen. Also jetzt schon mal vormerken. :)

Fotos: GdP Darmstadt  
Text: Christian Richter



Heinrich Beckmann- 70 Jahre Mitgliedschaft



Alfons Habel- 60 Jahre Mitgliedschaft



Uwe Walzel- 25 Jahre Mitgliedschaft

Die Teilnehmer, die sich am Nachmittag an der Fischerhütte eingefunden hatten, konnten bei recht milden Temperaturen und tollem Herbstwetter die schöne Waldfärbung genießen.

Der etwa einstündige Rundweg durch den Wald wurde rege genutzt um sich über aktuelle Themen, politischen Entwicklungen sowie Erinnerungen aus alten Zeiten auszutauschen.

Nach der schönen Zeit an der frischen Herbstluft wurde die GdP-Familie in netter Runde bei Kaffee und Kuchen in der Fischerhütte weiter gelebt.

kleines Präsent der Kreisgruppe, zusammen mit den dazugehörigen Ehrennadeln und Urkunden.

Geehrt wurden Mitglieder, die in diesem oder im vergangenen Jahr 25, 40, 50 bzw. 65 Jahren Gewerkschaftszugehörigkeit vorzuweisen hatten.



**INGENIEURBÜRO**  
**Dipl.-Ing. ULRICH PINGEL**

Engineering für die Zellstoff- und Papierindustrie

Öffentlich bestellter und vereidigter Sachverständiger der IHK Darmstadt  
Sachgebiet: „Zellstoff- und Papiertechnologie“

Graben 17, 64646 Heppenheim  
Tel.: 06252-704192  
Fax: 06252-704192  
Mail: [info@ing-buero-pingel.de](mailto:info@ing-buero-pingel.de)



# SICHTWEISE EINES BETROFFENEN-ERFAHRUNGSWERTE MIT DEM PERSONALRAT



Mein Name ist Andreas Hotz, ich bin 51 Jahre alt und seit 01.08.2002 beim Land Hessen als Verwaltungsangestellter angestellt. Ich arbeite seit Ende 2011 in der Poststelle in unserem Präsidium.

Ich möchte mich hier zu Wort melden und etwas zu unserem Personalrat in Südhessen zum Besten geben.

Als ich in der Poststelle anfang ging es noch sehr hoch her was den Arbeitsablauf betraf, die Rahmenbedingungen stimmten nicht, so dass das Arbeitsklima darunter litt. Erschwerend waren dann noch die Personalausfälle.

Wir hatten das eine oder andere mal mit dem Personalrat darüber so nebenbei gesprochen, dazu aber immer wieder

betont, dass es soweit schon okay wäre, worauf vom Personalrat immer wieder signalisiert wurde, dass man gerne helfen würde. Zum Helfen benötigt der Personalrat allerdings etwas Substantielles.

Als die Situation sich aber nicht änderte und ein gutes Ende auch nicht abzusehen war, entschloss man sich dazu mit dem Personalrat „offiziell“ zu reden. Wir wollten einen Weg finden das Arbeitsklima zu verbessern u. a. durch Personalzuteilung.

Der Personalrat machte sich Gedanken und schlug vor einen flexiblen vierten Fahrer einzustellen umso die komplette Personalsituation deutlich zu entzerren und den Innendienst dementsprechend zu unterstützen.

Zwischenzeitlich gab es auch einen sogenannten „Super Gau“ in Form von Ausfall aller Fahrer und auch sonst, war der eine oder andere Innendienstmitarbeiter als „K“ geführt und dementsprechend, LAND UNTER!

Der Personalrat reagierte sofort und setzte sich mit der Behördenleitung Ende Dezember 2014 an einen Tisch um das Problem binnen kürzester Zeit zu regeln.

Nach einigen Verhandlungen wurde zu unser aller Zufriedenheit eine Lösung gefunden, es wurde ein Vierter Fahrer bzw. FahrerIn Anfang März 2015 eingestellt und die Personalsituation entzerrte sich deutlich. Das Arbeitsklima wurde besser und der Arbeitsdruck geringer. Es war für uns nicht angenehm als die Polizeidienststellen, teilweise vom Streifen dienst, die Post holen oder bringen mussten, weil bei uns Personal fehlte.

Ich kann nur von meiner Seite aus dazu sagen, dass es schon Sinn macht sich mit dem Personalrat in Verbindung zu setzen, denn: „Da werden Sie geholfen“.

Andreas Hotz  
Poststelle

## NEU IM KREISGRUPPENVORSTAND



**Heike Reichert, Vertreterin der Tarifbeschäftigten in der KG Bergstraße.**

Bei der Jahreshauptversammlung der GdP Kreis Bergstraße wurde zum einen Norbert Weinbach zum Vertreter der Pensionäre im Vorstand gewählt. Er nimmt die Stelle des verstorbenen Seniorenver-

treters Wilfried Seibel ein. Weinbach war nach seiner Pensionierung einige Jahre Landesseniorenvorsitzender der GdP. Als neue Vertreterin für den Tarifbereich wurde Heike Reichert (55) gewählt. Sie ist seit April 2015 Angestellte bei der DEG in Viernheim.

Sie ist verheiratet, hat zwei Söhne und wohnt in Bensheim. Ihre Hobbys sind Sportsegeln und Hundesport. Sie hat zwei Hunde. Als gelernte Bürokauffrau war sie in verschiedenen Jobs aktiv. Zuletzt war sie als Briefträgerin bei der Bundespost beschäftigt.

Bei Wind und Wetter ständig mit

dem Fahrrad unterwegs zu sein und Briefe auszutragen, sei ihr doch schwergefallen. Deshalb habe sie sich auf die Stelle bei der Polizei beworben. Mit ihrem Beruf sei sie zufrieden, meinte sie. In ihren früheren Jobs war sie Mitglied der Gewerkschaft verdi. Als Mitglied der GdP wolle sie sich auch für die Belange der Tarifbeschäftigten einsetzen. MI



# ERWARTUNGEN AN GEWERKSCHAFT UND POLITIK



**Zum Autor:** Peter Wittig ist stellvertretender Hauptpersonalratsvorsitzender der hessischen Polizei und mit mir im geschäftsführenden Landesvorstand der hessischen GdP. Seit Jahren ist Peter für die Homepage zuständig, in der letzten Amtsperiode fungierte er als stellv. Landeskassierer und ist aktuell verantwortlich für das Bildungsprogramm der hessischen GdP. Dienstlich findet ihr Peter in Wiesbaden, dort ist er stellvertretender Personalratsvorsitzender. Im folgenden Textbeitrag erfahrt ihr mehr über Gewerkschafts- und Personalratsarbeit. Peter schreibt stellvertretend für viele von uns.

Antonio Pedron

## LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN,

jeder Einzelne von euch erlebt seit vielen Monaten, wenn nicht seit Jahren, was von euch abgefordert wird. Ohne alle Umstände, die dazu geführt haben, dass die Polizei einer enormen Be-/Überlastung ausgesetzt ist, hier nochmals in der Tiefe zu thematisieren, möchte ich einige Positionen aus der Sicht eines Gewerkschafters und Personalrats darstellen.

- Ja, auch wir stehen in der Kritik bei euch Beschäftigten!
- Ja, auch wir haben vielleicht den einen oder anderen Fehler gemacht!
- Ja, wir prallen derzeit mit unseren Forderungen bei den politisch Verantwortlichen ziemlich ab!
- Werden wir als Polizeibeschäftigte eigentlich noch ernst genommen?
- Werden wir denn auch als Personalrat oder Gewerkschafter ernst genommen?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, müssen wir einen Rollenverständnisprozess bemühen, der unsere jeweiligen Positionen zunächst einmal bestimmt.

Was ist unsere Rolle als Vertreter der Beschäftigten, was sind unsere Aufgaben und wie bewältigen wir diese?

Und vor allen Dingen, welches Rollenverständnis hat jeder Einzelne, also auch ich, in seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit, die doch immer nur ein Ziel verfolgen kann, nämlich für euch alle das Beste aus den politischen Umständen herauszuholen.

Und genau dies ist der Ansatz, den ein Funktionär auf das Tiefste für sich selbst überprüfen muss. Geht es um regionale Problemfelder, die auf örtlicher Ebene eingefordert werden müssen, also im direkten Kontakt mit dem Polizeipräsidenten,

oder aber um die grundsätzlichen Probleme der Polizei, die nur auf der Ebene mit dem Innenminister selbst thematisiert werden können.

Und hier stellen wir nun einmal die deutlichsten Unterschiede fest.

Ich möchte mich bewusst auf das Feld der landesweiten Polizeithemen begeben, denn diese beschäftigen euch alle, wie eingangs beschrieben seit vielen Monaten und Jahren.

**Darf ein Personalrat und Gewerkschaftsfunktionär eine gewisse „Nähe“ zu unserem obersten Chef, dem Innenminister, pflegen?**

**Ist es verwerflich oder gar personalrätlich und gewerkschaftlich ein Tabu, dies genau bei den Menschen zu tun, die uns in diese unbestrittene Misere erst gebracht haben?**

Eine sehr schwierige Diskussion, das gebe ich an dieser Stelle zu. Und auch meine innerste Überzeugung ist grundsätzlich eine andere.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt keine andere Alternative. Wo, wenn nicht an der obersten Stelle, können wir überhaupt an den Stellschrauben drehen, um Verbesserungen einzufordern.

Gewerkschaftliche Forderungen benötigen auch immer einen „Gegner“, mit dem man sich auseinandersetzen muss. Und diese Auseinandersetzung muss auf einer sachlichen Ebene stattfinden, damit nämlich die Türen geöffnet bleiben und nicht in Gänze verschlossen werden.

Natürlich brauchen wir als Gewerkschafter auch eine starke Stimme, mit der wir im Hintergrund auftreten können, um unsere Positionen zu stärken.

Und genau das ist die größte „Waffe“ der Gewerkschaft der Polizei, die Stärke gemessen an der Zahl der Mitglieder, also euch allen.

Und mit der Kraft von über 12.000 Mitgliedern in Hessen aus allen Bereichen der polizeilichen Tätigkeiten stellen wir uns auch diesen Diskussionen bei der Politik.

Zurück zum Rollenverständnis und der kritischen Überprüfung auch von uns selbst in der Tätigkeit als Funktionäre.

Unsere Aufgabe ist es, mit Forderungen an die Verantwortlichen heran zu treten, die dann natürlich auch in Ergebnissen münden müssen, denn das ist der Anspruch und die Erwartungshaltung von euch an uns.

Und wenn auf diesem Wege von uns oder auch mir Fehler gemacht wurden, dann helfen uns auch diese Fehler, es zukünftig anders oder besser zu machen.

Mit eurer starken Stimme haben wir seit vielen Jahren Forderungen gestellt, die bislang nicht oder nur unzureichend erfüllt wurden.

Manchmal ist es jedoch auch „ein Spiel auf Zeit“, wenn man dann letztendlich doch noch zum Ziel kommt.

Ich möchte einmal bewusst eine Reise mit euch in die vergangenen Monate unternehmen, um all das, was ihr in den Zeilen zuvor gelesen habt, einmal kritisch zu reflektieren. Was hat die GdP gefordert, wie hat sie dies getan und war sie auch erfolgreich?

Der Haushalt für das kommende Jahr wurde von der Regierungsfraktion in den Landtag eingebracht.

Unter dem Dach der „Schuldenbremse“ und „schwarzer Null“ stand natürlich auch der Bereich des finanziellen Anteils der Polizei an diesem Milliardenprogramm.

Was war vorgesehen und was haben wir als GdP in die Haushaltsberatungen in die politische Diskussion eingebracht.

Vor dem Hintergrund und am Beispiel des aktuell in das Gesetzgebungsverfahren eingebrachten Dienstrechtsände-

rungsgesetzes (DRÄndG) möchte ich euch dies einmal erläutern.

Zunächst gibt es die grundsätzlichen Forderungen, die wir seit vielen Jahren gebetsmühlenartig erneuern.

Mangelverwaltung im Personalbereich, sowohl Tarif als auch Vollzug, Wochenarbeitszeit, Besoldung und mangelhafte Perspektiven für Karriere und Beförderungen.

Diese Themen stehen im zentralen Mittelpunkt unzähliger Gespräche und Verhandlungen.

Hier stehen wir in enger Abhängigkeit von den Entscheidungsträgern in den jeweiligen Regierungsfractionen.

Und auch dort ist es Realität und Praxis, dass eine kleine mitregierende politische Partei in den Grundsatzentscheidungen mit Blick auf die Polizei Dinge fordert, die sie vor wenigen Jahren selbst noch verteuftelt haben.

### **Aber zurück zu den Positionen und Forderungen der hessischen GdP in diesem Jahr und dem bereits angesprochenen DRÄndG.**

Im Vorfeld wurden wir um eine Stellungnahme im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Gesetzesentwurf gebeten.

Ergänzend dazu gab es am 12. November 2015 die dazu erfolgte Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages, an der ich persönlich für die GdP teilgenommen habe.

Einige Themen und unsere Forderungen daraus möchte ich in den Vordergrund stellen:

### **PERSONALAUSSATTUNG DER POLIZEI**

Ich erspare mir an dieser Stelle das zu wiederholen, was seit vielen Jahren auf dem Rücken der Polizei an Personaleinsparungen stattgefunden hat.

Wir haben es an keiner Stelle versäumt, auch öffentlich auf diese Misere hinzuweisen und Forderungen aufzustellen.

Wir haben natürlich alle politischen Wege bestritten und uns an das Parlament, die Abgeordneten, die Parteien und auch an den Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter gewandt.

Wir sind dazu auch öffentlichkeitswirksam mehrfach auf die Straße gegangen.

Wir haben insbesondere die Öffentlichkeit über die Probleme der Polizei unterrichtet, sind sie doch die Leidtragenden

dieser politischen Fehlentscheidungen. Alles umsonst?

Nein, Kolleginnen und Kollegen. Es hat in diesem Jahr über die politischen Entscheidungen der Regierungskoalition hinaus einen Personalzuwachs gegeben. Weit über 700 Einstellungen im Jahre 2015 wurden umgesetzt. Ja, es waren starke Anstrengungen nötig, um auch diese Zahlen zu erreichen, doch am Ende waren dies erfolgreich, gelichwohl diese Kolleginnen und Kollegen uns erst in drei Jahren zur Verfügung steht.

Zur Drucklegung dieser Zeitschrift erreichten uns zudem Informationen des Innenministers, dass es im Jahre 2016 weiteren personellen Zuwachs im Tarif- und Vollzugsbereich geben soll.

Hier ist von etwa 300 Menschen die Rede, ihr habt dies vor wenigen Tagen ja bereits über die Medien erfahren.

Wir haben vehement den Stellenabbau im Tarifbereich kritisiert. Es kann doch nicht sein, dass wir am Beispiel der Flüchtlingsproblematik, wo wir händeringend auf Personal aus diesem Bereich angewiesen sind, noch Stellen abbauen und gleichzeitig Vollzugspersonal dort einsetzen und dazu noch Polizisten aus ihrer Pension „anwerben“.

Die Landesregierung hat dies offensichtlich nun endlich erkannt und wir rechnen damit, dass das Stellenabbauprogramm zumindest für das kommende Jahr „eingefroren“ wird.

Eine Entscheidung, von der wir uns erhoffen, dass sie auch für die kommenden Jahre gilt.

### **HEBUNGSPROGRAMM FÜR DIE POLIZEI**

Wir alle erinnern uns an das Hebungsprogramm vor einigen Jahren. Und wir erinnern insbesondere daran, dass wir sehr starke Kritik über die Umsetzung geübt haben. Im Vordergrund standen bei diesem Programm die Hebungen in die Besoldungsgruppe A 10. Natürlich ist dies eine bis heute positive Entwicklung für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Es hat aber die „Flaschenhalprobleme“ in den Bereichen A 11 bis A 13 noch verstärkt.

In der Folge haben wir es nicht versäumt, zu jeder Gelegenheit den Innenminister Peter Beuth und Herrn Staatssekretär Werner Koch von einer Fortführung eines Programms für diese Bereiche zu überzeugen.

Nun ist es, zwar überfällig, eingetreten und es werden in den kommenden

drei Jahren Beförderungsmöglichkeiten hinzukommen.

Im Gesamtvolumen stehen insgesamt 55 Hebungen in der A 13, 120 in der A 12 und 150 in der A 11 zur Verfügung.

Natürlich zu wenig, aber endlich der richtige Weg.

### **ANPASSUNGEN BEI DEN ZULAGEN DUZ**

Eine der langjährigen Forderungen der GdP seit dem Übergang der Gesetzgebungskompetenz nach der Föderalismusreform 2006. Bislang ist es nicht zu einer hessischen Anpassung der DuZ-Beträge gekommen, geschweige denn zu einer eigenen Zulagenverordnung Hessen.

Seit Jahren fordern wir eine Erhöhung dieser Zulagen auf einheitlich 5 Euro/ Stunde.

Die GdP hat die Kampagne aus 2011 nie aus den Augen verloren und natürlich sind 5 Euro vielleicht utopisch, aber so ist das nunmal mit Forderungen immer.

Nun kommt Bewegung in die Sache.

Vor Kurzem erreichte uns die Information, dass die Zulage DuZ nach oben angepasst wird, und zwar im Groben auf das bayerische Zulagenmodell.

Zwar noch immer zu niedrig, aber eine deutliche Anhebung, die auch den schicht- und nachtdienstleistenden Kolleginnen und Kollegen gerecht wird.

### **EINFÜHRUNG EINER ZULAGE FÜR OPE'EN**

Auch hier hat sich die hessische GdP als einzige Gewerkschaft kontinuierlich für eine Zulage für diese operativ tätigen Polizeibeschäftigten eingesetzt.

Diese belastenden Dienste wurden jahrelang nicht der finanziellen Wertschätzung unterzogen, wie es notwendig und lange überfällig ist.

Wir haben im Rahmen unserer Stellungnahme zum vorliegenden Gesetzesentwurf nochmals auf die Thematik hingewiesen und kritisiert, dass diese Zulage lediglich für operative Beschäftigte des Verfassungsschutzes eingeführt werden soll und für den Polizeibereich nicht.

Diese neuerliche Forderung der GdP wurde zunächst im o.g. Gesetzesentwurf der Landesregierung nicht aufgenommen.

Nachdem wir in Gesprächen mit dem Innenminister, dem Staatssekretär, dem Hauptpersonalrat und Befassungen in der Landespersonalkommission diese Zulage für unsere operativen Kräfte zur Aufnahme in den Gesetzesentwurf nochmals ein-



gefordert hatten, ist dies nun letztendlich gelungen.

### **BENACHTEILIGUNGEN BEI DER ÜBERLEITUNG IN DAS NEUE HESSISCHE BESOLDUNGSRECHT (ERFAHRUNGSSTUFENPROBLEMATIK)**

Die hessische GdP war es, die bereits im Vorfeld der Beratungen zu diesem Gesetz auf die möglichen Nachteile bei den Überleitungen von den Dienstaltersstufen zu den Erfahrungsstufen hingewiesen hat. Dies hat die Landesregierung nicht dazu veranlasst, das Gesetz entsprechend anzupassen. Wir haben jedoch unsere Forderungen weiter verfolgt und eine Anpassung des Gesetzes gefordert. Nun soll es im Rahmen der Gesetzesberatung zu Änderungen kommen.

Kolleginnen und Kollegen, die einer neuen Stufe zugeordnet wurden (Erfahrungsstufe) und gleichzeitig in einem Zeitraum von 32 Monaten (seit 01.03.2014) nach der Überleitung mit altem Recht in eine nächst höhere Stufe (Dienstaltersstufe) aufgestiegen wären, erhalten eine Anrechnung von bis zu 32 Monaten auf die Stufenlaufzeit der neuen Tabelle.

Somit muss nicht die gesamte neue Stufenlaufzeit durchlaufen werden.

Wir werden dies genau beobachten und die Korrekturen überprüfen.

Wir begrüßen ausdrücklich die nun vorgesehenen gesetzlichen Korrekturen und hoffen, dass dies zu einer Beseitigung der finanziellen Benachteiligungen bei dem Lebenserwerbseinkommen unserer Kolleginnen und Kollegen führt.

Erheblich optimierungsbedürftig ist die transparente und vor allem verständliche Darstellung der Regelungshintergründe bei den Beschäftigten.

Dies haben wir seit dem 01. März 2014 vermisst.

### **ERFÜLLUNGSÜBERNAHME VON SCHMERZENGELDANSPRÜCHEN**

Kolleginnen und Kollegen, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt wurden, müssen teilweise jahrelang und auch erfolglos den zivilen Rechtsweg beschreiten, um ihre Schmerzensgeldansprüche durchzusetzen. Die immer weiter ansteigende Zahl von gewalttätigen Angriffen gegen Polizeibeamt/Innen erfordert hier einen gesetzgeberischen Gedankenwandel.

In den Bundesländern Bayern und Schleswig-Holstein ist diese GdP-Forde-

rung bereits gesetzlich verankert worden. Nun kommt Bewegung nach Hessen.

Der Gesetzentwurf sieht eine neue gesetzliche Grundlage (§ 81a HBG), vor. Diese hat zum Inhalt, dass das Land Hessen die festgestellten Schmerzensgeldansprüche ab einem bestimmten Wert unter bestimmten Voraussetzungen „übernehmen“ kann.

Dies bedeutet kurz gesagt, der Schmerzensgeldanspruch wird aus Fürsorgegründen auf Antrag von dem verletzten Kollegen „übernommen“, er bekommt das Geld und das Land übernimmt die Vollstreckung dieser Ansprüche für sich (Erfüllungsübernahme).

### **VERGÜTUNG VON MEHRARBEIT**

In den letzten Jahren hat sich die Entwicklung der Mehrarbeitsstunden bei der hessischen Polizei dramatisch nach oben entwickelt.

Inzwischen sind wir auf einem Stand von ca. 3,2 Mio. Gesamtstunden, der Trend ist weiter ansteigend.

Da die Mehrarbeitsstunden nicht, wie vom Gesetzgeber zunächst gefordert, alle in Freizeit vergütet werden können, wird landesweit die finanzielle Abgeltung der Stunden beantragt.

Die hierfür im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel sind bei Weitem nicht ausreichend, im Gegenteil, im vergangenen Jahr wurden lediglich ca. 80.000 Stunden finanziell vergütet, wie die Entwicklung weiter geht, dürfte deutlich sein.

Nun erreichte uns ebenfalls die aktuelle Information (17. November), dass es gelungen ist, ein Finanzvolumen im Haushalt zu hinterlegen, das eine finanzielle Vergütung von 540.000 Stunden möglich macht. dies bedeutet mehr als 10 Mio. Euro.

**Ein richtiger Weg, von dem wir uns eine Dauerhaftigkeit erhoffen.**

### **MEHRDIENSTVERORDNUNG FÜR DIE POLIZEI**

Wir sprechen an dieser Stelle über den zu betreibenden Aufwand zur Ermittlung der Mehrarbeit, dies steht vollkommen außer Verhältnis zu dem zu erzielenden Zweck.

Im Zentrum des immensen Verwaltungsaufwandes stehen die rechtlichen Bestimmungen der §§ 50 HBesG und 61 HBG, die sich mit der 5-Stunden-Kapazitätsgrenze befassen.

Der meiste Aufwand betrifft jedoch die Unterscheidung zwischen sog. „messbaren“ und „nicht messbaren“ Stunden.

Hier stoßen nicht nur die Beschäftigten selbst, sondern die zuständigen Personalverwaltungen an Grenzen.

Die Unterscheidung zwischen „normalen“ Überstunden, Mehrdienst aufgrund von Gerichtsterminen, Einsätzen, Sportstunden, Schießen usw. ist nicht mehr zeitgemäß und in der Praxis kaum vermittelbar.

Aus diesen Gründen ist eine Anpassung der einschlägigen Vorschriften dringendst notwendig und überfällig.

Eine Lösung kann sein, den § 107 HBG wie folgt zu ergänzen:

„Jede über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete, angeordnete oder genehmigte Arbeitszeit von Polizeivollzugsbeamt/Innen ist Mehrdienst. Für diesen Mehrdienst kann eine finanzielle Vergütung nach § 56a Abs. 2 HBesG (neu) gewährt werden.

Näheres regelt die oder der zuständige Minister/in durch eine Rechtsverordnung“.

Durch diese Ergänzung des § 107 wird der Minister des Innern und für Sport ermächtigt, eine eigene Mehrdienstvergütung für die Polizei zu erlassen.

Wir haben hierzu wiederum Informationen aus dem Ministerium erhalten, dass dies erneut außerhalb dieses Gesetzesentwurfs geprüft wird. Der Vorschlag der GdP zeigt hier Wirkung zu erzielen, hoffen wir also auf ein positives Signal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an diesen Beispielen möchte ich euch nur beispielhaft deutlich machen, welche Anstrengungen nötig sind, auch über Jahre hinweg, nicht nur Forderungen aufzustellen, sondern sie auch nachhaltig immer wieder zu thematisieren.

Und zurück zum Beginn meiner Ausführungen, ja, dazu ist eine „gewisse Nähe“ zu politischen Entscheidungsträgern unbedingt notwendig. Und ich hoffe, dass ihr mein eingangs beschriebenes Rollenverständnis nachvollziehen könnt. Denn am Ende ist es mir persönlich völlig egal, wer und auf welchem Wege wir Verbesserungen erreichen, Hauptsache sie kommen. Danke für eure Geduld!

Peter Wittig

# „ICH HABE DEN VATER RHEIN IN SEINEM BETT GESEHEN...“

## ODENWÄLDER WANDERFREUNDE AUF TOUR

Waren es bisher immer Hochgebirgstouren in den Alpen, welche die Wanderfreunde der Odenwälder Kreisgruppe unternommen hatten, so wurde in diesem Jahr das Terrain erstmals entscheidend geändert: Der Rheinsteig, der heuer sein zehnjähriges Jubiläum feierte, wurde von Wanderführer Hartmut Schwöbel als Ziel auserkoren.

Leider konnten neben ihm nur noch sein KG-Vorsitzender Thomas Walther und Klaus Bechtold sowie Hans-Jürgen Schneider an dem Trip teilnehmen. Weitere Mitglieder, die schon fest zugesagt hatten, mussten leider aus den unterschiedlichsten Gründen dann doch noch verzichten.

Das tat der guten Stimmung allerdings keinen Abbruch, als die kleine Crew im September startete. Wobei diese kurzfristig unterbrochen wurde, als Fahrer Klaus Bechtold am Treffpunkt seinen Volvo starten wollte und dieser keinen Mucks mehr machte. Deshalb musste die erste körperliche Anstrengung schon mit dem Anschieben des Fahrzeugs im Hof der Polizeidirektion in Erbach absolviert werden.



Hoch über dem Rhein: (v.l.n.r.) Klaus Bechtold, Hartmut Schwöbel, Hans-Jürgen Schneider und Thoams Walther

festes Standquartier der Odenwälder sein sollte. An dieser Stelle sei Daniel Klimpke, freigestelltes GdP-Personalratsmitglied des PP Westhessen, ein herzliches Dan-

Nach einem kurzen „Warm up“ ging es sodann gleich an die erste Tagestour. Mit der VIAS, dem dortigen regionalen Bahnbetreiber (den man auch bestens aus dem Odenwald kennt), ging es zunächst rheinabwärts nach Kaub. Von dort aus begab man sich über einen steilen Zubringer hinauf zum Rheinsteig und genoss erst einmal die herrliche Aussicht ins Mittelrheintal, bevor es dann auf die ca. 14 Km lange Strecke über die Burg Gutenfels, das Volkenbach-, Nieder- und Retzbachtal zur Clemenskappele und weiter zur Ruine Nollig ging, bevor man wieder zurück in Lorch angelangte. Natürlich wurde unterwegs an einer Raststelle im Niedertal eine erste Probe vom ausgezeichneten Rheingauer Wein verkostigt, der allen bestens mundete.

Nach dem Besuch einer Lorcher Häckerwirtschaft ging es zum gemütlichen Teil im Hotel über. Nach dem Abendessen gestattete das überaus gastfreundliche Inhaber-Ehepaar den Odenwäldern den Aufenthalt im privaten Wohnzimmer, so dass am dortigen Fernseher das EM-Qualifikationsspiel von Joggis Jungs gegen Schottland geschaut werden konnte. Sogar Knabbereien wurden von der Hausherrin serviert. Der 2:1-Sieg und die Eindrücke der Auftaktwanderung sorgten



Rast über Assmannshausen

Ohne weitere Zwischenfälle erreichte man dann das Hotel „Krone“ in Lorch im Rheingau, welches für die nächsten Tage

ke schön gesagt, auf dessen Empfehlung dort gebucht wurde.



dafür, dass die Gäste im Anschluss selig schlummerten. Die Behauptung, der gute Schlaf käme vom Weinkonsum, muss an dieser Stelle zurück gewiesen werden.

Nach einem kräftigen Frühstück stand am zweiten Tag die Etappe Lorch – Rüdesheim auf dem Programm. Vom Hotel aus ging es zur Georgs Ruh, der Paul-Claus-Hütte und weiter auf einem herrlichen Panoramaweg zum Höllenberg, wo direkt über Assmannshausen die Möglichkeit besteht, an einem tollen Rastplatz zu verweilen und aus einem dort platzierten Weintresor Köstlichkeiten der dortigen Wingerte zu genießen, wovon die GdP'ler natürlich dezent Gebrauch machten.

Nach dem Abstieg in die Assmannshäuser Ortsmitte und einer weiteren, kurzen Einkehr wurde es nochmals Ernst, denn nur „Amateure“ lassen sich mit der Sesselbahn den steilen Weg zum Jagd-schloss Niederwald hochbringen. Die Odenwälder wählten selbstverständlich den Fußweg und somit war der bis dahin verzehrte Wein gleich wieder aus den Poren geschwitz.

Vom Schloss aus ist es dann ein gemütlicher Marsch bis zum Niederwalddenkmal, das hoch über Rüdesheim thront und wo es natürlich von Touristen nur so wimmelte. Der Abstieg in die Drosselgasse ist nur noch ein Katzensprung und das i-Tüpfelchen der ca. 22 Km langen Strecke. Die Odenwälder zogen es allerdings vor, nach der Rückfahrt mit der VIAS, in der bereits bekannten Lorcher Häckerwirtschaft einzukehren, anstatt sich mit den japanischen Europabummelern in der berühmten Weingasse niederzulassen.

In der „Krone“ wurde der erlebnisreiche Tag ausklingen lassen und dabei gab es dann auch noch eine Überraschung, den Antonio Pedron, der Vorsitzende der Bezirksgruppe Südhessen, welcher im Rheingau wohnt, ließ es sich nicht nehmen, „seinen Odenwäldern“ einen Besuch abzustatten.

Tag 3 stand im Zeichen der Wanderung von St. Goarshausen nach Kaub, wohin die vier Wanderfreaks wiederum mit der VIAS fuhren. Vom Bahnhof aus gings es zunächst durch das Hasenbachtal steil hinauf zum Dreiburgenblick, der seinem Namen alle Ehre macht und wunderschöne Ausblicke bietet. Über Heide ging es dann zur berühmten Loreley, wo man ausgiebig rastete und den Blick auf die engste Rheinstelle schweifen ließ. Weiter ging es im Anschluss über Spitznack, den



**Burg Maus mit Blick ins Rheintal**

Fünf-Seenplatz, das Bornichbach- und Urbachtal zur Alten Burg und dann weiter über die Rosssteine nach Dörscheid. Auch hier bot sich in einem direkt am Rheinsteinig gelegenen Gasthof die Gelegenheit, ausgiebig zu rasten und die wärmende Sonne auf sich wirken zu lassen. Der anschließende Abstieg nach Kaub war nur noch ein Katzensprung und die Rückfahrt mit der Bahn nach Lorch ein Klacks. 22 Km Wanderstrecke an diesem Tag erforderten selbstverständlich eine entsprechende Regeneration, die auf der Hochterrasse des Hotels durchgeführt wurde. Es versteht sich von selbst, dass dabei auch der Flüssigkeitshaushalt wieder ins Lot gebracht wurde.

Am Abschlusstag fuhren die Südhessen mit dem Volvo (er sprang sofort an!) erst einmal nach Kestert und wanderten danach zwölf Kilometer rheinaufwärts bis nach St. Goarshausen zurück. Dabei war ein steiler Anstieg nach Oberkestert zu meistern, bevor es durch das Pulsbachtal zur Schiefer-Abraumhalde, dem Sachsenhäuser Feld und den Bergbau-Lehrpfad zur Burg Maus ging. Über das Nocherer Brunnchen und den Rabenacksteig wanderte die kleine Schar abschließend nach St. Goarshausen und fuhr

wiederum mit der VIAS zurück zum Auto in Kestert, von wo aus die Rückfahrt in den heimischen Odenwald anstand.

Alle Teilnehmer waren sich unisono einig, in den vier Tagen einen herrlichen Flecken Deutschlands näher kennengelernt zu haben. Der Rheinsteinig ist alle Mal eine Reise wert und bietet auf den ca. 70 Km zwischen Rüdesheim und Kestert, die von den Odenwälder Wanderfreunden zurückgelegt wurden, wunderschöne Ausblicke auf den Fluss, das Tal und die am größten deutschen Strom gelegenen Städte und Ortschaften. Verbunden mit der Lorcher Gastfreundschaft und den gebotenen (insbesondere flüssigen) Gaumenfreuden war es wieder einmal eine tolle Veranstaltung der GdP-Kreisgruppe Odenwald und die Wehmut nach den Alpen hielt sich in Grenzen.

Text: Hartmut Schwöbel  
Bilder: GdP Odenwald





# VON DER JUHÖHE ZUM „STEIGKOPF“

## WALDWANDERUNG DER BERGSTRÄSSER POLIZEIGEWERKSCHAFT

Statt wie in den vergangenen Jahren durch die heimischen Weinberge zu wandern, hatten sich in diesem Jahr die Mitglieder und Freunde der Bergsträßer Gewerkschaft der Polizei (GdP) zu einer Waldwanderung entschlossen. Uschi Hess (Heppenheim) und Didi Rodenheber (Kirschhausen) hatten dazu eine Strecke ausgesucht, die vom Parkplatz „Hölzerne Hand“ auf der Juhöhe zur Waldgaststätte „Am Steigkopf“ führte. Die zwanzig Wanderer machten sich bei angenehmen Temperaturen frohgemut auf den Weg.

Spätsommerliches Wetter, gemildert durch den Schatten im Buchenwald und durch festes Schuhwerk, begünstigte die Wanderung auf „Schusters Rappen“. Begleitet wurde die Gruppe durch vier munter herumtollende Bordercollies, Kira, Luca, Jamie und Xenia. Auf zwei Stunden war die Tour geplant.



**Horst Mischler sorgte mit seiner Ziehharmonika für gute Stimmung.**

Sie führte zunächst oberhalb des Granitwerks Röhrig vorbei. Dabei konnten die Wanderer von oben einen Blick in den riesigen Steinbruch werfen. Johann Bräuer hatte 1880 mit dem Abbau von Granit begonnen. Der Steinbruch vertreibt heute seine Produkte weltweit, wie auf Info-Tafeln zu lesen war. Die gezielte Renaturierung und Rekultivierung des Geländes schafft wertvolle Lebensräume für seltene Tiere und Pflanzen.



**Eine Pause mit Bergsträßer Wein und zahlreichen köstlichen Häppchen machten die Wanderfreunde der Gewerkschaft der Polizei am Guntrum-Platz.**



Zur Halbzeit fanden die Gewerkschafter am „Guntrum-Platz“ einen gedeckten

Tisch vor. Bergsträßer Riesling, Weißherbst, Spätburgunder und Primasecco schmeckten da köstlich. Zahlreiche Häppchen wie Käsespieße mit Weintrauben, Landjäger, Fleischwurst und Griebenschmalz ließen sich die Naturfreunde auf der Zunge zergehen. Dazu passten delikates Bauernbrot, Laugenbrezeln und Knusperstangen. So gesättigt wurde der Rest des Weges bis zur Waldgaststätte „Am Steigkopf“, oberhalb von Kirschhausen in Angriff genommen.

Der bei der Wanderung entstandene Schweiß wurde am Zielort wieder mit einem Schluck Wein

oder einem kühlen Bier sozusagen abgeschwemmt. Für gute Stimmung sorgte Horst Mischler mit seiner Ziehharmonika. Lieder wie „Wenn bei Capri die rote Sonne im Meer versinkt“ oder der bekannte Schlager „Griechischer Wein“ des unvergessenen Sängers Udo Jürgens wurden da lauthals mitgesungen.

Text und Bilder: NW



**Odenwaldwanderung der Kreisgruppe Bergstraße mit vier Hunden.**



# AUSFLÜGE, FISCHESSEN, KEGELN

## BERGSTRÄSSER POLIZEIPENSIONÄRE FEIERTEN 40JÄHRIGES JUBILÄUM

Sie kommen aus dem gesamten Kreisgebiet, die Polizeipensionäre und Rentner, Männer und Frauen, die sich in dem lockeren „Club der Polizeipensionäre des Kreises Bergstraße“ zusammengefunden haben. Die meisten von ihnen sind Mitglieder der GdP. Jetzt feierten sie im Gasthaus Jäger in Heppenheim-Erbach ihr 40jähriges Jubiläum.

Uschi Hess, Heppenheim, die gemeinsam mit Ferdinand Woißyk, Bensheim, von dem verstorbenen Präsidenten Wilfried Seibel die Führungsaufgaben übernommen hatten, begrüßte die Mitglieder und ihre Angehörigen. Sie erinnerte dabei an die verschiedenen Aktivitäten des vergangenen Jahres. Dazu gehörten die monatlichen Aktivitäten auf der Kegelbahn im „Saalbau“ in Heppenheim, das 4. Fischerfest im Heppenheimer Vogelpark, eine Stadtführung in Heppenheim, geführt von Herbert Vettel, eine Jubiläumsfahrt in die Pfalz. Sie erwähnte auch das Fischessen mit geräuchertem Dorsch und Lachs, gestiftet von Norbert Ferdinand. Gerd Kriegisch hatte dazu das Bauernbrot gestiftet. Anlässlich der Goldenen Hochzeit von Klaus und Uschi Adler hatte der Jubilar zum Hähnchenessen eingeladen. „Der Club der Polizeipensionäre ist einmalig in Hessen. Die Gründungsväter wären heute noch hoch erfreut über das lange Bestehen unseres Clubs“, schloss Uschi Hess ihre Rede.



**Karlheinz Breitwieser vom Kegelclub AH 72 überreichte Uschi Hess eine Urkunde zur Erinnerung an die zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten. Text + Foto NW**

Karlheinz Breitwieser vom befreundeten Heppenheimer Kegelclub AH 72 gratulierte den Pensionären für die zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten in den vergangenen Jahren. Zur Erinnerung



**Ihr 40jähriges Jubiläum feierten die Polizeipensionäre Bergstraße mit ihren Angehörigen, unser Bild, im Gasthof Jäger in Heppenheim-Erbach. Text + Foto NW**

überreichte er Uschi Hess eine hübsche Urkunde.

Norbert Weinbach, Lorsch, Seniorenvertreter der Gewerkschaft der Polizei im Kreis Bergstraße (GdP) überbrachte die Grüße des Gewerkschaftsvorstands. Er lobte die zahlreichen Veranstaltungen und überreichte einen Scheck über 100 Euro.



**Hans Hofmann, ehemaliger Leiter der PSt Bensheim, zog eine Bilanz der 40jährigen Aktivitäten der Pensionäre. Text + Foto NW**

Begonnen wurde mit einem Kegelclub, der seit dieser Zeit im Saalbau in Heppenheim sein „Keglerheim“ hat. „In unserer heutigen schnelllebigen Zeit ist es nicht alltäglich, dass Kolleginnen und Kollegen über die aktive Dienstzeit hinaus auf diese Art verbunden bleiben“, lobte er seine Freunde. 2001 sei Hans Schäfer (Kripo Heppenheim) als Präsident zurückgetreten. Wilfried Seibel sei zum neuen Präsidenten gewählt worden. Neben dem Kegeln sei die Gesellschaft gepflegt worden. Dazu gehöre immer noch das Herbstfest im Gasthof Jäger. Das erste Herbstfest war im Gasthof „Hölzing“ in

Fahrenbach gefeiert worden, danach im „Stadtgraben“ in Heppenheim. Seit vielen Jahren werde es im Gasthof „Jäger“ in HP-Erbach veranstaltet. Es gab Grillfeste mit Gourmetspeisen. Die seien übergegangen in das „Fischerfest“ im Heppenheimer Vogelpark. Es gibt ein jährliches Nikolauskegeln und das Walter-Heil-Gedächtnisturnier, ein Wettkampf gegen die Kegler der Heppenheimer AH 72. Es wurden Mehrtagesfahrten ins Sauerland und nach Hamburg organisiert. Zum Jubiläum fuhren die Pensionäre in die Pfalz. Hans Hofmann erwähnte, dass der verstorbene Präsident Wilfried Seibel in Anerkennung seiner gewerkschaftlichen und gesellschaftspolitischen Arbeit im Jahr 2009 mit dem Ehrenbrief des Landes Hessen ausgezeichnet worden sei. Hofmann beendete seine Rede mit der „Hoffnung, dass unser neues Führungsteam und unsere Mitglieder diese schöne kameradschaftliche Gemeinschaft noch lange Zeit mit Erfolg am Laufen halten. Vielleicht schaffen wir noch ein weiteres Jubiläum“, wünschte er.

Bei der Feierstunde wurde auch der verstorbenen Kollegen Wilfried Seibel, Helmut Lehne, Georg Heldmann, Günter Haase gedacht. Nach einem festlichen Mittagessen sorgte Horst Mischler mit seiner Ziehharmonika für Stimmung im Saal. Die Pensionäre sangen die gespielten Lieder lautstark mit. NW



**Uschi Hess, neue Sprecherin der Bergsträßer Polizeipensionäre, eröffnete das Herbsttreffen. Text + Foto: NW**

# POLIZEI NICHT WEGEN DER FLÜCHTLINGE ÜBERLASTET

## MDL ALEXANDER BAUER (CDU) ERNTET WIDERSPRÜCHE VON SPD UND GDP

Der Bergsträßer Landtagsabgeordnete Alexander Bauer, innenpolitischer Sprecher der CDU, warnte Ende September in einer Pressemitteilung im Bergsträßer Anzeiger (BA) vor möglichen Sicherheitsproblemen wenn weiterhin tausende Flüchtlinge unkontrolliert in die Bundesrepublik einreisen. Er warnte vor einer Überlastung der Polizei. Das betreffe auch die Bensheimer Außenstelle der Erstaufnahmestelle Gießen. Bauer erklärte, dass die CDU/Grüne-Regierung keinen Stellenabbau im Polizeivollzugsdienst vollzogen habe. Alle 13.764 Stellen seien erhalten worden. Zu SPD-Zeiten seien es 1000 weniger gewesen. Bei dem Flüchtlingszustrom leiste die Polizei einen wertvollen Dienst. Sie Sorge sich um die Sicherheit in und um die Unterkünfte der Asylbewerber. Dafür sei ihr auch bereits Personal zur Verfügung gestellt worden. Bauer behauptet, dass die hessische Polizei im Bundesvergleich ordentlich bezahlt werde. Für das Jahr 2017 solle die wöchentliche Arbeitszeit auf 41 Stunden gesenkt werden. Mit einer Ausbildungsinitiative werde jetzt für die Arbeitszeitverkürzung im Schichtdienst gesorgt. Er versprach für 2016 1,7 Mio Euro für die Verbesserung der Technik und 19 Mio Investitionen in den Fuhrpark.

Diese Äußerungen veranlassten sowohl den Lindenfelser Bürgermeister Michael Helbig (SPD), den SPD-Landtagsabgeordneten Norbert Schmitt, den hessischen GdP-Vorsitzenden Andreas Grün und den Vorstand der KG Bergstraße der GdP zu einem Widerruf.

### SCHMITT: BAUERS KLAGE EIN TREP-PENWITZ

MdL Norbert Schmitt bezeichnete die Äußerungen Bauers als Treppenwitz angesichts der Tatsache, dass die Landesregierung in der laufenden Legislaturperiode 147 Stellen streiche und im Haushalt 2016 im Polizeibereich 100 Stellen weniger vorsehe. Nach der Ansicht der GdP sind 800 bis 1000 Stellen mehr notwendig statt Stellenstreichungen. „Die Landesregierung ist drauf und dran, die gesamte Polizei mit Vollgas vor die Wand zu fahren“ zitierte Schmitt den GdP-Vorsitzenden Andreas Grün. Die Polizei schiebe 3,5 Millionen Überstunden vor sich her, das

entspreche ungefähr 1400 Stellen. Der Krankenstand sei auf mehr als 30 Tage pro Jahr gestiegen. Das mache deutlich, dass die Polizei bereits lange vor der Zunahme der Flüchtlingszahlen am Anschlag arbeite. Alexander Bauer habe davor immer die Augen verschlossen, den Stellenabbau bei der Polizei verteidigt und die Belastung geleugnet. Es werde Zeit, dass endlich gehandelt werde und nicht nur Missstände beklagt würden die Politiker wie Bauer selbst geschaffen hätten.

### HELBIG: BILLIGSTE POLEMIK IM WAHLKAMPF

„Ich halte das für billigste Polemik im aufkommenden Wahlkampf“, wurde der Lindenfelser Bürgermeister Michael Helbig im BA zitiert. Er verwies darauf, dass die CDU als Regierungspartei mit der „Operation sichere Zukunft“ im Jahr 2003 „deutliche Personaleinschnitte im Jahr 2007 und 2008 in Hessen zu verzeichnen habe“. Die Regierung habe die Arbeitszeiten von Polizei, Feuerwehr und Lehrern verlängert, habe Polizeistationen zusammengelegt und plane bis zum Jahr 2019 noch etwa 150 Stellen nicht neu zu besetzen. Das seien zwar Stellen in der Verwaltung, die Arbeit müssten hinterher aber Polizeibeamt/innen übernehmen. Die fehlten dann bei Streifengängen. Hinzu kämen zusätzliche Belastungen etwa bei der Internetkriminalität. Neben dem Unmut über Stellenabbau für Beamte ärgere die Polizei auch die Nullrunde bei den Gehältern der Polizei. Dazu kämen noch Einschnitte bei der Beihilfe. „Dass ein Abgeordneter der Regierungskoalition in Hessen nun öffentlich die Flüchtlingsproblematik mit der Überlastungssituation der Polizei in einem Bericht vermengt, ist blanker Hohn. Für die innere Sicherheit und die personelle Ausstattung der Polizei hätte sich Alexander Bauer schon seit seinem Einzug in den Landtag im Jahr 2008 einsetzen können“, kritisierte Michael Helbig.

### GDP-KRITIK AN BAUERS AUSSAGEN

Nach einer Beratung im Vorstand der GdP, Kreisgruppe Bergstraße schrieb unser Mitglied Norbert Weinbach einen Leserbrief an den BA zu den Aussagen des MdL Alexander Bauer u.a. in der

BA-Ausgabe vom 24.9.2015 und zu den Aussagen von Bürgermeister Helbig und MdL Norbert Schmitt, SPD. Dieser Leserbrief wurde von der Bevölkerung positiv kommentiert. Man sollte die Bevölkerung nicht für dumm verkaufen.

**Leserbrief:** Ich bin seit 11 Jahren in Pension, war zuvor Vorsitzender des Personalrats beim Polizeipräsidium Südhessen, dazu stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hessen und dann, nach meiner Pensionierung, einige Jahre Landesseniorenvorsitzender der GdP. Noch heute bin ich als Seniorenvertreter Mitglied in der Kreisgruppe Bergstraße der GdP. Hinzu kommt, dass zwei meiner drei Kinder und ein Schwiegersohn den Beruf eines Polizeibeamten ergriffen haben. Auch von daher kenne ich die Probleme, denen die Polizei ausgesetzt ist.

Kurz gesagt: Es gibt immer mehr Aufgaben für die Polizei und es gibt kaum mehr (oder sogar weniger) Polizeibeamt/innen für die tägliche Arbeit der Polizei zur Sicherheit der Bürger. Im Jahr 2001, nach der Organisationsreform der Polizei gab es beim Präsidium Südhessen 2050 Beschäftigte. Heute sind es noch 1850, also 200 weniger.

Die Polizei arbeitet rund um die Uhr, auch dann, wenn andere eigentlich zuständige Behörden Feierabend haben. Auch dann, wenn zuständige Ämter/Behörden Asylanträge von Flüchtlingen wegen Nichtzuständigkeit ablehnen. Endstation ist immer wieder die Polizei die ja immer da ist. Bezüglich Straftaten von Asylsuchenden/Flüchtlingen gibt es im Kreis Bergstraße zurzeit nur einen Vorgang. Zur Bearbeitung des angeblichen Flüchtlingsproblems nur ein Hinweis: Das Innenministerium hat pensionierte Polizeibeamt/innen angeschrieben, ob sie bei der Bearbeitung der Asylanträge nicht helfen wollten, Stundenlohn brutto: 25 Euro. Es gibt also bei der allgemeinen zuständigen Verwaltung ein Personalproblem. Das gibt es bei der Polizei auch, aber nicht nur wegen der Vielzahl von Flüchtlingen.

Angesichts der Tatsache, dass die Personaldecke im Einzeldienst, trotz anderslautender Aussagen des Herrn Bauer, sehr



angespannt ist, wird dort nur noch mit der Mindeststärke (oder weniger) gearbeitet. Damit ist die Sicherheit der Bevölkerung z.B. im Kreis Bergstraße, auch auf ein Mindestmaß beschränkt. Eigentlich darf man nicht laut sagen, wie wenige Polizeibeamt/Innen nachts im Kreis Bergstraße im Dienst sind.

Ein anderes Problem sind die „Einsätze“, z.B. bei Fußballspielen des neuen Bundesligisten Darmstadt aber auch bei Spielen unterer Klassen. Da die Bereitschaftspolizei, die von Herrn Bauer immer positiv hervorgehoben wird, solche Einsätze hier vor Ort (Süd Hessen) wegen anderer Aufgaben und wegen Personalmangels nicht bewältigen kann, müssen Kräfte von den Dienststellen (Polizeistationen) solche Einsätze bewältigen. Bedauerlich ist, dass die meisten Einsätze nur eine Vorlaufzeit von wenigen Tagen haben und dass dann die Beamt/Innen und ihre Ehepartner, wenn sie Kinder haben und beide arbeiten gehen, jemand suchen müssen, der den Nachwuchs während der Einsatzzeit betreut. Ein solcher Fall liegt jetzt am Wochenende 2./3./4. Oktober vor.

Aus dem Einzeldienst werden am Freitag (2.) Polizeibeamt/Innen für einen Ein-

satz beim Bundesligaspiel in Darmstadt abgeordnet. Die gleichen Beamt/Innen (und noch mehr) werden für den Einsatz am Samstag (3.) und eventuell Sonntag (4.) bei der Feier zum „Tag der deutschen Einheit“ in Frankfurt benötigt. Da nicht länger als 12 Stunden am Stück gearbeitet werden darf, muss natürlich für eine Ablösung (weitere Kräfte) gesorgt werden.

Da meine eigenen (Polizei)Kinder sowohl am Freitag als auch am Samstag eingesetzt werden, haben wir als Großeltern die Aufgabe übernommen, in dieser Zeit drei Enkelkinder zu hüten. Wir können das, weil wir Rentner/Pensionäre sind. Aber da, wo die Großeltern/Tanten/Onkel/ selbst arbeiten, gibt es Schwierigkeiten. An diese Schwierigkeiten denken Politiker/Polizeichefs kaum, auch wenn sie immer betonen, dass Beruf und Familie besonders geschützt seien. Mein hier genanntes Beispiel ist kein Einzelfall, wie mir Kollegen bei der Vorstandssitzung bestätigten.

Das, was Herr Helbig und Herr Schmitt sagen, trifft den Kern. Was Herr Bauer sagt, ist politische Vorgabe des CDU-beherrschten Innenministeriums und von daher schon mit Vorsicht zu genießen.

Alexander Bauers Aussage über den Zustand der Polizei während der Zeit eines SPD-Innenministers ist grundsätzlich falsch. Als damals aktiver Gewerkschafter war ich in Verhandlungen mit den Landespolitikern aller Parteien beteiligt. Man konnte „mit ihnen reden“ und wir fanden als Gewerkschafter meistens Gehör für unsere Forderungen.

Die Innenminister ließen sich überzeugen, dass es in den kommenden Jahren zu erheblichen Pensionierungen kommen werde und dass neue Kräfte rechtzeitig eingestellt werden müssten. Seit die CDU das Sagen in Hessen hat, spricht sie kaum noch mit der GdP-Gewerkschaft. Sie hat die Arbeitszeiten erhöht und ist aus der Tariftgemeinschaft der Länder ausgetreten.

Daher gibt es keine (2015) oder nur noch eine geringe Gehaltserhöhung (1% ab 2016), im Gegensatz zu den anderen Bundesländern. Von einer besonderen Wertschätzung der Arbeit der Polizei spricht das nicht, trotz aller Sonntagsreden.

Norbert Weinbach, EPHK a.D.

## GESCHLOSSENER MITGLIEDERBEREICH – ABER WIE?

